

PANORAMA

SOMMER 2016 / Nr. 57

Pommern wählt den intelligenten Weg



EUROPÄISCHE
WOCHE DER
REGIONEN UND
STÄDTE



INVESTITIONEN IN
INSELREGIONEN



SCHUB FÜR
BERGLAND-
WIRTSCHAFT

panorama

EDITORIAL.....	3	MIT DER KAMERA EINGEFANGEN.....	24
EUROPÄISCHE WOCHE DER REGIONEN UND STÄDTE 2016.....	4	ARKTISCHE KLUGHEIT IN LAPPLAND.....	26
DIE EWRC-UNIVERSITÄT.....	6	KOHÄSIONSPOLITIK ZUR UNTERSTÜTZUNG VON INSELN.....	27
INTERVIEW MIT WALTER DEFFAA.....	8	POMMERN: INTELLIGENTE STÄDTISCHE WIEDERBELEBUNG.....	28
SIIM KALLAS ÜBER VEREINFACHUNG.....	14	SOZIALWIRTSCHAFT IN GRIECHENLAND.....	36
NACHRICHTEN IN KÜRZE.....	17	EINBEZIEHUNG DER JUGEND INS PROJEKT „BAYINTRAP“.....	38
DAS PROGRAMM „INTERACT“.....	18	PROJEKTE AUS DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, ÖSTERREICH, UNGARN, FRANKREICH UND SPANIEN.....	40
KARTEN: LUFTQUALITÄT UND TODESFÄLLE IM STRASSENVERKEHR.....	20	TERMINE.....	44
EUSAIR: EINE MAKROREGIONALE STRATEGIE.....	22		



06



08



24



36

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im Juni 2016 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler.

Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2016

ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2016

Nachdruck und Wiedergabe sind gestattet, sofern dies mit der Quellenangabe erfolgt. Die Rechte an den betroffenen Bildern werden ausschließlich für die Nutzung im Magazin Panorama (Ausgabe 57) und zu keinem anderen Zweck gewährt; im Kontext von Panorama 57 und seiner Sprachversionen darf das Bild reproduziert werden – die Reproduktion des Bildes für andere Zwecke ist untersagt.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Zustimmung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium

Fotos (Seiten):

Cover: iStock@ewg3D

Seite 3: Europäische Kommission

Seiten 4, 5: Europäische Kommission

Seiten 6, 7: Europäische Kommission

Seiten 8, 9, 10, 11, 12, 13: Europäische Kommission

Seiten 14, 15, 16: Europäische Kommission

Seite 17: Europäische Kommission

Seiten 18, 19: Europäische Kommission

Seiten 20, 21: Europäische Kommission

Seite 22: iStock@sjhaytov

Seiten 23, 24, 25: Europäische Kommission

Seiten 26, 27: Europäische Kommission, iStockCCat82

Seiten 28, 29, 30, 31: Europäische Kommission

Seiten 32, 33, 34, 35: Europäische Kommission

Seiten 36, 37: iStock@verve231, Europäische Kommission

Seiten 38, 39: Europäische Kommission

Seite 40: NCC

Seite 41: www.weissenseer.com

Seite 42: iStock@AM29

Seite 43: iStock@Marco Marchi

Editorial



Die Vorbereitungen für die vom 10. - 13. Oktober in Brüssel stattfindende Europäische Woche der Regionen und Städte (EWRC), die vormals unter dem Namen OPEN DAYS bekannt war, sind in vollem Gange. Der Name mag sich geändert haben, das Konzept ist jedoch gleich geblieben – rund 130 Workshops, Debatten und Netzwerkaktivitäten konzentrieren sich in diesem Jahr auf „Regionen und Städte für nachhaltiges und integratives Wachstum“. Wenn Sie nicht nach Brüssel kommen können, steht Ihnen zwischen September und November ein Veranstaltungsprogramm für Bürger in ganz Europa zur Verfügung.

Die drei zentralen Themen der EWRC richten sich nach den politischen Prioritäten der Kommission und des Ausschusses der Regionen: anhaltendes und nachhaltiges Wachstum, integratives Wirtschaftswachstum und die Vereinfachung der ESI-Fonds. In rund 187 Regionen und Städten in 28 Ländern wird man nach neuen Möglichkeiten suchen, Investitionen der EU in Städte und Regionen anzuziehen und umzusetzen, die Ergebnisse solcher Investitionen zu besprechen, bewährte Verfahren vorzustellen und den Dialog über zukünftige Verbesserungen zu fördern.

Eine der wichtigsten Funktionen ist die EWRC-Universität, deren Ziel es ist, die neueste Forschung zu regionalen und städtischen Entwicklungen für politische Entscheidungsträger und Akteure zugänglich zu machen und die Forschungsergebnisse verstärkt an die Öffentlichkeit zu bringen. In diesem Jahr wird sich die beliebte Master-Klasse für Doktoranden und junge Forscher auf die Kohäsionspolitik der EU konzentrieren.

Zu den weiteren Highlights gehört die Preisverleihung der jährlichen RegioStars-Awards, bei der bewährte Verfahren in der regionalen Entwicklung und originelle, innovative Projekte, die durch die Mittel der Kohäsionspolitik unterstützt werden, gewürdigt werden. In der Nachbereitung des städtischen OPEN DAY 2015 werden auch zahlreiche Veranstaltungen für die Gemeinschaft der städtischen Akteure stattfinden sowie die Ergebnisse des jährlichen Fotowettbewerbs bekannt gegeben.

Hochrangige Debatte

Wenn die Begünstigten der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds das Beste aus den bereitgestellten Möglichkeiten machen sollen, ist entscheidend, dass der Zugang zu Finanzmitteln so einfach wie möglich ist. Unser Interview mit dem

ehemaligen Vizepräsidenten der Kommission Siim Kallas, dem Vorsitzenden der Hochrangigen Gruppe für Vereinfachung, bietet einen Einblick, wie zwölf unabhängige Experten die Verfahren kontrollieren und Vereinfachung fördern, um eine bessere Nutzung der Investitionen in den Regionen der EU anzuregen. In weniger als einem Jahr hat die Gruppe Themen aus den Bereichen E-Governance, vereinfachte Kostenoptionen, Zugang zu Finanzmitteln für KMU sowie Finanzinstrumente analysiert und Schlussfolgerungen und Empfehlungen für Beteiligte erstellt. Die Hochrangige Gruppe arbeitet gegenwärtig an einem Bericht zu einem einfacheren Durchführungsrahmen für den Zeitraum nach 2020, der in die Beratungen der Kommission für die zukünftige Kohäsionspolitik mit einfließen soll.

Neues Aussehen

In dieser Ausgabe von Panorama haben wir zwei neue Artikel eingeführt und zahlreiche Gestaltungselemente angepasst, um den Inhalt besser widerzuspiegeln. Der Hintergrundartikel über die polnische Region Pommern beleuchtet die Herausforderungen dieser Region und ihren „Verhandlungsansatz“, um diese zu bewältigen. Die Region arbeitet gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnern an einer intelligenten Spezialisierung, der Entwicklung von Revitalisierungsprojekten und an Koordinierungstätigkeiten in Stadtgebieten. Ein Interview mit Mięczysław Struk, dem Marschall der Woiwodschaft Pommern, erklärt den Beitrag der Kohäsionspolitik zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region und die Komplementarität der verschiedenen Investitionsmittel.

Ein genauere Blick auf das Projekt „BAYinTRAP“ geht hinter die Kulissen und beschreibt, wie das Konzept der Sommerschule genutzt wurde, um Studenten in die städtischen Verkehrssysteme einzubeziehen und sie darin zu unterstützen, ihre Meinung zur Entwicklung einer nachhaltigen städtischen Verkehrspolitik kundzutun.

Ende einer Ära

Zum Abschluss erfahren wir in einem Interview mit Walter Deffaa, dem Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, mehr über die Höhepunkte und Tiefschläge seiner dreißigjährigen Karriere in der Europäischen Kommission. Herr Deffaa plant, demnächst in den Ruhestand zu treten und einige neue und aufregende Herausforderungen anzunehmen. ■

Corina Crețu

EU-Kommissarin für Regionalpolitik



Europäische Woche der Regionen und Städte 2016

Im Jahr 2016 findet die Europäische Woche der Regionen und Städte (oder „EWRC“, ehemals unter dem Namen OPEN DAYS bekannt) unter dem Titel „Regionen und Städte für nachhaltiges und integratives Wachstum“ statt. Die Veranstaltung umfasst rund 130 Workshops, Debatten und Netzwerkaktivitäten, die von etwa 6000 Teilnehmern besucht werden. Zusätzlich zu den Workshops in Brüssel findet zwischen September und November 2016 ein Programm lokaler Veranstaltungen in ganz Europa statt.

Die Veranstaltung in diesem Jahr ist auf drei Hauptthemen gestützt, die sich an den politischen Prioritäten der Europäischen Kommission und des EU-Ausschusses der Regionen für das Jahr 2016 orientiert. Die Diskussionen sollen die Umsetzung der Programme der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 unterstützen, die Ergebnisse der EU-Investitionen zeigen, Beispiele für bewährte Verfahren vorstellen und den Einsatz für mögliche zukünftige Verbesserungen fördern:

› Anhaltendes und nachhaltiges Wachstum

Dieser Aktionsbereich konzentriert sich auf neue Möglichkeiten für Regionen und Städte, um im Kontext der Internationalisierung der europäischen Wirtschaft Wachstum zu begünstigen und mehr Beschäftigung zu schaffen. In ihm wird geprüft, welche Regionen und Städte gegenwärtig erfolgreicher bei der Anziehung neuer Investitionen sind und warum dies der Fall ist. Außerdem werden besonders die neuen Möglichkeiten in

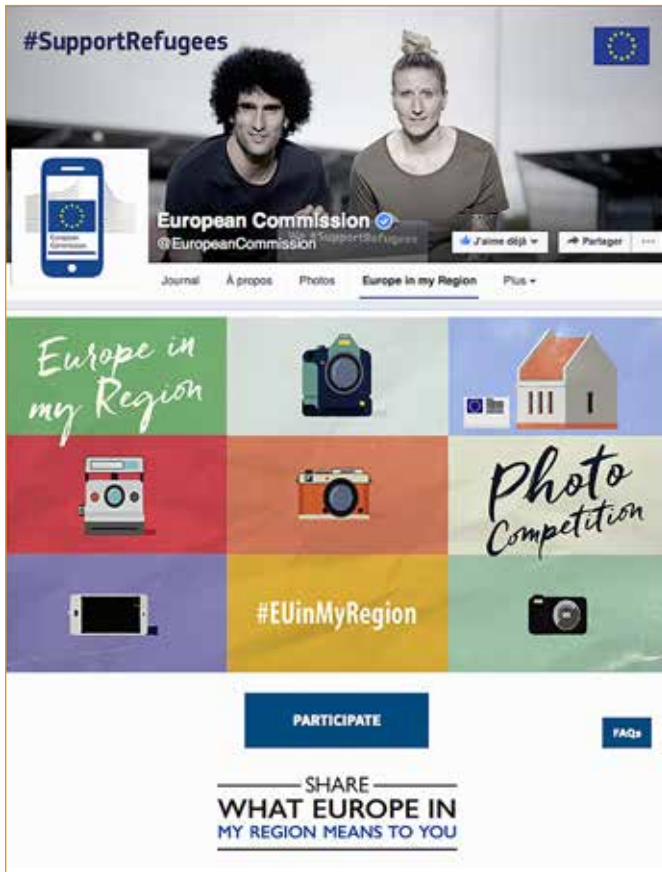
Verbindung mit Innovation beleuchtet, insbesondere im Zusammenhang mit Energieeffizienz, die Entwicklung der kohlenstoffarmen Wirtschaft und die Förderung der Kreislaufwirtschaft sowie intelligente Spezialisierung.

› Integratives Wirtschaftswachstum

Die Seminare in diesem Aktionsbereich untersuchen die Entwicklung und Durchführung des Arbeitsmarktes und die Maßnahmen der sozialen Integration für benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene. Diese umfassen sozialen Wohnungsbau, öffentliche Einrichtungen und Bildung sowie Maßnahmen zur Vereinfachung der Einrichtung von Kleinunternehmen oder kleinen Unternehmen und zur Schaffung eines für selbstständige Tätigkeiten offenen Umfeldes. Der Aktionsbereich ermöglicht es Regionen und Städten, ihre Erfahrungen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise unter Nutzung von EU-Mitteln auszutauschen.

› Vereinfachung der ESI-Fonds

Im Rahmen dieses Aktionsbereichs haben regionale und nationale Behörden, die durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützte Programme umsetzen, die Möglichkeit, Erfahrungen und bewährte Verfahren in Bezug auf die Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit des Programm-Managements auszutauschen. Dies umfasst Wege zur Vereinfachung des Managements und zur Schaffung von Verwaltungs- und Leitungskapazitäten. Außerdem werden bewährte Verfahren in der Stadtentwicklung, integrierte territoriale Investitionsprogramme und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung, auch in Bezug auf die geförderte Nutzung neuer Finanzinstrumente, beleuchtet. Die ersten Ergebnisse der Ex-post-Evaluierungen für den Zeitraum 2007-2013 sind hier von Bedeutung.



Schwerpunkt auf der Städteagenda für Europa

Im Einklang mit dem städtischen OPEN DAY im letzten Jahr haben die Europäische Kommission, die GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung und der EU-Ausschuss der Regionen ihre Kräfte mit der Hauptstadtregion Brüssel und lokalen Einrichtungen sowie mit Vertretern anderer Städte und europäischen Netzwerken und Initiativen gebündelt, um den internationalen Austausch über nachhaltige Stadtentwicklung zu vereinfachen.

Mitglieder der Gemeinschaft der städtischen Akteure können an interaktiven Sitzungen, Workshops, Projektbesuchen und wichtigen Veranstaltungen teilnehmen. Behandelt werden solche Themen wie die Städteagenda für Europa (ihre Schwerpunktthemen, Partnerschaften und zentralen Anlaufstellen), die Folgenabschätzung für städtische Räume und die Bedeutung der Steuerung auf mehreren Ebenen. Von der Hauptstadtregion Brüssel werden zudem Besuche von Projektstandorten organisiert.

Lokale Veranstaltungen

Jede teilnehmende Region und Stadt organisiert mindestens eine lokale Veranstaltung, in der den Bürgern die EWRC nähergebracht wird. Diese Veranstaltungen finden zwischen September und November unter dem Titel „Europa in meiner Region/Stadt“ statt und behandeln die Schwerpunktthemen der EWRC. Die Veranstaltungen richten sich an die allgemeine Öffentlichkeit, potenzielle Begünstigte der EU-Regionalpolitik,

Fachpublikum, Akademiker und die Medien und können verschiedene Formate annehmen, z. B. Konferenzen, Workshops, Radio- und Fernsehsendungen oder Ausstellungen. Die lokalen Veranstaltungen können auch im Zusammenhang mit der Einführung von Projekten der EU-Regionalpolitik oder im Rahmen der jährlichen Informationsmaßnahmen, die durch die Verordnungen der ESI-Fonds vorgeschrieben sind, stattfinden.

http://ec.europa.eu/regional_policy/regions-and-cities/2016

Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“

Die fünfte Ausgabe des Fotowettbewerbs ist bis zum 28. August offen. Um am Wettbewerb teilzunehmen, müssen die Bürger ein Foto von einem EU-finanzierten Projekt einsenden. Das Bild muss die EU-Flagge sowie eine Hinweistafel zeigen, dass das Projekt von der EU finanziert wird. Auf die drei Gewinner warten die Teilnahme an einem Fotografiekurs bei einem professionellen Fotografen und eine Reise nach Brüssel.

<https://goo.gl/t3iwct>

RegioStars

Das Ziel der RegioStars-Awards ist die Ermittlung bewährter Verfahren in der regionalen Entwicklung und die Hervorhebung origineller, innovativer Projekte, die als Anreiz und Inspiration für andere Regionen dienen können.

Die Award-Kategorien für 2016 sind:

- INTELLIGENTES WACHSTUM: Neue Chancen in der globalen Wirtschaft
- NACHHALTIGES WACHSTUM: Kreislaufwirtschaft
- INTEGRATIVES WACHSTUM: Integriertes Leben – Aufbau von integrativen, in sich verbundenen Gemeinden
- CITYSTAR: Innovative Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung
- EFFEKTIVE VERWALTUNG: Durch neue Verwaltungsverfahren Veränderungen bewirken

In diesem Jahr wurden 104 Bewerbungen eingereicht und von der Jury bewertet.

Die Verleihung der RegioStars-Awards 2016 findet während des offiziellen EWRC-Empfangs am Dienstag, den 11. Oktober, im BOZAR in Brüssel statt. Die ausgewählten Projekte erhalten ihre Auszeichnungen von der EU-Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu und dem Präsidenten der Jury der RegioStars-Awards, MdEP Lambert van Nistelrooij

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/regio-stars-awards/

14. Europäische Woche der Regionen und Städte 2016, 10. - 13. Oktober 2016, Brüssel

Anmeldungsbeginn ist der 6. Juli:

<http://www.regions-and-cities.europa.eu>

Die EWRC-Universität

VORSTELLUNG NEUER FORSCHUNG ZU REGIONALER UND STÄDTISCHER ENTWICKLUNG



Die Aufgabe der EWRC-Universität ist, die neueste Forschung zu regionalen und städtischen Entwicklungen für politische Entscheidungsträger und Akteure zugänglich zu machen.

Die EWRC-Universität, die jetzt seit acht Jahren besteht, ist ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC). Ihr Ziel ist es, den Austausch zwischen Akademikern aus ganz Europa und regionalen und lokalen Vertretern zu erleichtern und die Forschungsergebnisse im Bereich der EU-Kohäsionspolitik und der regionalen und städtischen Entwicklung stärker ins öffentliche Blickfeld zu rücken.

Die EWRC-Universität wird von den drei wichtigsten akademisch-wissenschaftlichen Gesellschaften im Bereich regionale Studien, Regionalwissenschaft und Raumplanung – der Regional Studies Association (RSA), der European Regional Science Association (ERSA) und der Association of European Schools of Planning (AESOP) – gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) organisiert.

Die EWRC wird von etwa 6000 Akteuren, politischen Entscheidungsträgern und Akademikern mit Interesse an der EU-Kohäsionspolitik besucht. Sie richtet etwa 130 von den Europäischen Institutionen, Regionen, Städten und anderen Organisationen mit einem Interesse an der EU-Kohäsionspolitik organisierte Sitzungen aus. Dieses Gesamtprogramm der EWRC-Universität umfasst auch Sitzungen mit Schwerpunkt auf wichtigen Themen mit Praxisbezug für Regionen und Städte.

In diesem Jahr sind die geplanten Themen für die Sitzungen der EWRC-Universität folgende:

- › Kleinunternehmen in die Nähe der Produktivitätsgrenze bringen
- › Wissensperlen: Herausforderungen und Zwangslagen bei der Verbindung von Stadt und Universität
- › Intelligente Spezialisierung nach fünf Jahren: von der Gestaltung zur Durchführung
- › Anforderungen an raumbezogene Daten für eine wirksame Raumplanungspolitik



- › Anhaltendes und nachhaltiges Wachstum: Abstimmung von wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklung in Städten und Regionen
- › Territoriale Auswirkungen des Klimawandels auf EU-Ebene
- › Vorschriften für Städtische Entwicklung/ Raumordnungspolitik und die Herausforderung der Schaffung vereinfachter und benutzerfreundlicher Umsetzungssysteme
- › Nachhaltige Gesellschaften von morgen: Bewältigung der demografischen Herausforderung und der Dynamik der Seniorenwirtschaft
- › Migration und Städte: territoriale Aspekte der Migration
- › Wer sind die neuen Selbstständigen in Europa und welchen Beitrag leisten sie zu Wachstum und territorialer sowie sozialer Kohäsion?

Die Master-Klasse der EWRC

Ein wichtiger Teil der EWRC-Universität ist eine Master-Klasse für Doktoranden und junge Forscher mit Interesse an der EU-Kohäsionspolitik. Sie ist für den Zeitraum vom 9. bis 13. Oktober vorgesehen. 30 ausgewählte Teilnehmer besuchen dabei fünf Tage koordinierter Sitzungen mit dem Schwerpunkt auf der EU-Kohäsionspolitik. Sie haben zudem die Gelegenheit, ihre zentralen Forschungsgebiete in Kürze einigen hochrangigen EU-Beamten für Kommentare und Rückmeldungen vorzustellen. Diese Master-Klasse umfasst Gesprächsrunden, interaktive Sitzungen und Networking-Veranstaltungen mit einigen der hochrangigsten EU-Beamten.

Die Schwerpunkte der Klasse 2016 sind:

- › Förderung von integrativem Wachstum und sozialer Kohäsion, einschließlich der territorialen Dimension und der Einbindung von städtischer und ländlicher Entwicklung
- › Die Bedeutung der vernetzten Wirtschaft: politischer Lernprozess; Transfer zwischen Regionen und Städten; Wissenstransfer
- › Verbesserung des Durchführungssystems für die Kohäsionspolitik: Leistung, Vereinfachung und Verantwortlichkeit.



Die Teilnahme an der Master-Klasse ist hart umkämpft, da sie jungen Forschern ein motivierendes und anerkennendes Umfeld bietet, in dem sie führende politische Entscheidungsträger der EU treffen und über wichtige Themen der Gestaltung, Durchführung und Wirksamkeit der Politik debattieren können. Teilnehmer der Vorjahre sind der Meinung, dass die Teilnahme an diesen Klassen neue Netzwerke und Möglichkeiten geschaffen hat und ihrer Karriere sehr dienlich war.

Akademische Veranstalter

Regional Studies Association

Die **Regional Studies Association** (RSA), die im Jahr 1965 gegründet wurde, ist das weltweite Forum für Stadt- und Regionalforschung, Entwicklung und Politik. Die RSA veröffentlicht fünf führende

Fachzeitschriften auf diesem Gebiet, von denen *Regional Studies* die älteste und bekannteste Publikation ist. Außerdem finanziert die Vereinigung neue Forschung und Wissensaustausch mithilfe von Förderprogrammen sowie Networking und sonstiger Unterstützung, damit Forscher ihre Forschung, ihre Karriere und ihren Einfluss verbessern können. Die RSA glaubt, dass Regionen ein wichtiger räumlicher Maßstab für die Untersuchung der Art und Auswirkungen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Veränderungen und Innovationen sind. Die Vereinigung arbeitet in Partnerschaft mit Organisationen wie der Europäischen Kommission, AdR, GD Regio, UN-Habitat, der Weltbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit Beginn an der EWRC-Universität und der Master-Klasse beteiligt.

www.regionalstudies.org



Die **European Regional Science Association** (ERSA) ist die größte überregionale wissenschaftliche Vereinigung unter dem Dach der internationalen

Gesellschaft für Regionalforschung (RSAl). Die ERSA besteht gegenwärtig aus 18 nationalen und sprachlichen Vereinigungen von Forschern mit Interesse an räumlichen

Fragestellungen in ganz Europa. Ihr erstklassiger Kongress ist eine einzigartige Plattform für die Förderung regionaler Studien und den Austausch über aktuelle wirtschaftliche, soziale und politische Fragen. Die ERSA arbeitet zudem aktiv mit anderen internationalen Institutionen und Vereinigungen zusammen (z. B. Europäische Investitionsbank, Europäische Kommission, Europäischer Hochschulverband, AESOP) und ist der Überzeugung, dass dies wichtig für die Förderung innovativen Denkens und die Entwicklung neuer und intelligenter Lösungen für bestehende territoriale Entwicklungsprobleme ist.

www.ersa.org



Die **Association of European Schools of Planning** (AESOP) wurde im Jahr 1987 gegründet und ist eine internationale Vereinigung der Universitäten, die

im Bereich der Raumplanung lehren und forschen. Mit mehr als 150 institutionellen Mitgliedern bietet die AESOP eine Plattform für den Austausch von Planungskenntnissen für Wissenschaftler, Akteure, Berufsverbände, Politiker und andere Interessenvertreter der räumlichen und städtischen Entwicklung in ganz Europa. Der jährliche Kongress der AESOP hat sich zur größten Planungsversammlung in Europa entwickelt. Die Vereinigung veröffentlicht eine eigene Fachzeitschrift mit dem Titel *Planning Education* und arbeitet mit mehr als 50 anderen Zeitschriften auf dem Gebiet der Raumplanung zusammen. Die AESOP arbeitet mit europäischen akademischen Organisationen und Berufsverbänden sowie mit europäischen und globalen Institutionen, Agenturen und Programmen (EK, AdR, UN-Habitat) zusammen und unterstützt deren wachsendes Interesse an „Territorium und Territorialität“.

www.aesop-planning.eu

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://regions-and-cities.europa.eu>

Dienst aus Leidenschaft

NACH 30 JAHREN MITARBEIT IN DER KOMMISSION IST FÜR WALTER DEFFAA, DEN GENERALDIREKTOR FÜR REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG, DIE ZEIT GEKOMMEN, SEINEN KOLLEGEN LEBEWohl ZU SAGEN



Als Walter Deffaa seine Karriere im Jahr 1983 begann, hatten erst neun Mitgliedstaaten für das europäische Projekt unterzeichnet. Dreißig Jahre später sind trotz einiger Höhepunkte und Tiefschläge wesentliche Fortschritte zu erkennen und mehr als 508 Millionen Bürger in 28 Mitgliedstaaten sind nun ein Teil der wachsenden EU-Gemeinschaft. Wie Herr Deffaa *Panorama* mitteilt, hat er in diesem Zeitraum zahlreiche erhebliche Veränderungen miterlebt, sowohl in seiner eigenen Karriere, als auch insgesamt in der Union.

Während Ihrer Karriere in der Europäischen Kommission haben Sie zahlreiche Ämter in verschiedenen Generaldirektionen bekleidet. Welches davon haben Sie als besonders schwierig ... bzw. besonders lohnenswert empfunden?

Nun, nachdem ich mehr als mein halbes Leben in der Kommission verbracht habe, verfüge ich natürlich über eine Vielzahl an Erinnerungen! Ich habe als Verwaltungsbeamter in der GD Wirtschaft und Finanzen begonnen und bin meinen Weg durch sieben Generaldirektionen bis hin zum Amt als Generaldirektor in dreien von ihnen gegangen – Interner Auditdienst, Steuern und Zollunion und Regionalpolitik und Stadtentwicklung.

Ich denke, Haushalt und Regionalpolitik haben die stärksten Spuren bei mir hinterlassen, obwohl ich bei meiner Karriere ziemliches Glück hatte, da der „rote Faden“ mehrere Politikreform-Dossiers beinhaltet hat. Während meiner Arbeit in der GD Haushalt und im Internen Auditdienst war ich an der Initiative Effizientes Finanzmanagement von Liikanen und der Strategie zur Reform des Verwaltungssystems, der Personalpolitik und der Finanzverwaltung von Kinnock beteiligt. Während der Arbeit im Generalsekretariat war ich für die erste Mitteilung der Kommission über Folgenabschätzung verantwortlich und danach Leiter des Kabinetts für Kommissar Wulf-Mathies. Ich arbeitete an der Agenda 2000, dem mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2000-2006, der die große „Osterweiterung“ beinhaltete.

Zuletzt war ich mit Kollegen in der GD Regio damit beschäftigt, eine moderne Kohäsionspolitik zu gestalten und umzusetzen, das Durchführungssystem zu vereinfachen und unsere Politik sowie unsere Generaldirektion in Richtung einer ergebnisorientierten Logik zu führen.

Wie unterscheidet sich die Ergebnisorientierung vom vorherigen Fokus auf Mittelaufnahme?

Erstmals können wir berichten, wofür das Geld ausgegeben wird und was damit erreicht wird. Wir zeigen zum Beispiel, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, die Anzahl der Menschen, denen Zugang zu sauberem Wasser gewährt wird oder die durch Schulungen unterstützt werden, die Anzahl der benachteiligten Menschen, z. B. Migranten oder Minderheiten, die in Programme zur sozialen Entwicklung einbezogen werden, die Anzahl der unterstützten Unternehmen, zusätzliche Haushalte mit besserem Breitbandzugang usw. Die Mitgliedstaaten legen eigene Ziele und die mit den Mitteln der Kohäsionspolitik angestrebten Ergebnisse fest, sobald die Programme angenommen wurden. Darüber hinaus haben wir besondere Anforderungen im Hinblick auf die thematische Konzentration eingeführt, damit die zugewiesenen Mittel eine kritische Masse bilden und eine echte Wirkung und spürbare Ergebnisse erzielen können.

Im Sinne der Transparenz ist es ausgesprochen wichtig, dass jeder Bürger diese Informationen einsehen kann. Im vergangenen Dezember hat die Europäische Kommission



Europäische Woche der Regionen und Städte 2015: Gruppenfoto der Master-Klasse

eine Mitteilung angenommen (unter dem Namen „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – Maximierung des Beitrags der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“), in der die wichtigsten voraussichtlichen Ergebnisse aufgeführt sind. Diese Informationen sind jetzt für jedermann über die offene Datenplattform der Kommission (<https://cohesiondata.ec.europa.eu/>) zugänglich, die regelmäßig aktualisiert wird. Die Kohäsionspolitik ist nicht länger nur ein Begriff – die Ergebnisorientierung kann als entscheidender Durchbruch für den Programmzeitraum 2014-2020 angesehen werden.

Das ist mit Sicherheit ein großer Fortschritt. Würden Sie jedoch zustimmen, dass stärkere Bemühungen erforderlich sind, um die Kommunikationslücke in der Regionalpolitik zu schließen?

Ja, Kommunikation ist eine Herausforderung. Die Zahlen lassen erkennen, dass nur etwa 30% der Bürger EU-finanzierte

„Durch eine bessere lokale Kommunikation kann ein deutlicher Fortschritt erreicht werden.“

regionale Projekte kennen, obwohl interessanterweise mehr als 70% von ihnen glauben, dass diese Projekte gut sind. Durch eine bessere lokale Kommunikation kann ein deutlicher Fortschritt erreicht werden – je mehr Menschen über die Arbeit in den Regionen Bescheid wissen, z. B. über eine neue Wasseraufbereitungsanlage oder ein Innovationszentrum, desto positiver wird ihre Haltung sein. Je näher man den Menschen an der Basis kommt, desto größeres Interesse haben sie an den Projekten, die in ihrer Nähe umgesetzt werden. Wir arbeiten aktiv mit INFORM zusammen, dem Netzwerk der Kommunikationsmanager in den Mitgliedstaaten und in den Regionen, um ihnen zu helfen, bewährte Verfahren auszutau-

schen. Eine Reihe von Seminaren unter Einbeziehung zahlreicher Interessenvertreter – z. B. Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten und Vertreter der Europe Direct-Informationszentren – wird in den Mitgliedstaaten veranstaltet, um sie für den Dialog mit ihren Bürgern zu sensibilisieren. Während des letzten Europtages am 9. Mai waren lokale Politiker in zahlreichen Mitgliedstaaten überdies darum bemüht, Projekte zu besuchen und Nachweise über die Unterstützung der Europäischen Union vorzulegen. Wir hoffen auch, dass immer mehr politische Vertreter der EU-Institutionen die Möglichkeit erhalten, einige gute Projektbeispiele zu besuchen, wenn sie sich in „ihrem“ Land aufhalten.

Wie kann die Kommission sicherstellen, dass die Kohäsionspolitik die bestmögliche Wirkung in allen Regionen erzielt?

Im Laufe der Jahre haben die Mittel der Kohäsionspolitik eine beträchtliche Wirkung gezeigt und dank höherer Transparenz verfügen wir auch über Nachweise, dass viel geleistet wurde, um weniger entwickelte Regionen, insbesondere in Osteuropa, zu verbessern und ihnen zu helfen, aufzuholen. Nichtsdestotrotz bleiben erhebliche wirtschaftliche Unterschiede bestehen, daher werfen wir einen genaueren Blick auf rückständige Regionen und wie wir unseren Einfluss in einigen einkommensschwachen Ländern bzw. wachstumsschwachen Regionen vergrößern können. Es geht nicht nur um Geld – es bestehen Probleme wegen der Führung sowie der rechtlichen und den administrativen Rahmenbedingungen, die auch durch die Einführung von *Ex-ante*-Konditionalitäten angegangen werden. In der Praxis soll der direkte Austausch zwischen nationalen/regionalen Verwaltungen die Verwaltungskapazität erhöhen, während auf Seiten der Führung Integritätspakte gegen Betrug und Korruption kämpfen

„Die Ergebnisorientierung kann als entscheidender Durchbruch für den Programmzeitraum 2014-2020 angesehen werden. Erstmals können wir berichten, wofür das Geld ausgegeben wird und was damit erreicht wird.“

und die Vereinbarungen zwischen den Vergabebehörden und Bietern für höhere Transparenz sorgen sollen.

Die Grenzregionen stehen jetzt ebenfalls oben auf der Agenda, da die Mitgliedstaaten nach Lösungen für die Flüchtlingskrise und Sicherheit suchen. Etwa 150 Millionen Europäer leben in diesen Regionen, viele von ihnen stehen Problemen gegenüber, die nicht allein durch Geld gelöst werden können. Die Überprüfung der Strategie für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die von Kommissarin Corina Crețu angestoßen wurde, soll die administrativen und regulatorischen Fragen klären, z. B. jene, die mit grenzüberschreitender

Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherheit und Arbeitsmarktmobilität verbunden sind. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Grenzübertritt zwischen Dänemark und Schweden über die Öresund-Brücke hat bisher zumeist 30 Minuten gedauert. Diese Zeit hat sich jetzt aufgrund der Grenzkontrollen verdoppelt. Dies könnte im Laufe der Zeit erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen für die Regionen in beiden Ländern haben, nicht zu vergessen die Unannehmlichkeiten und Unzulänglichkeiten für jene Menschen, die in einem Land arbeiten und im anderen Land leben.

Noch mehr bereitet mir Kopfschmerzen: In der Vergangenheit haben die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten abgenommen, doch die Wirtschaftskrise hat diese Annäherung gestoppt und das war ein wichtiger Weckruf. Die Randregionen und Städte wurden am stärksten von der daraus resultierenden Verlangsamung des Wachstums getroffen. Als Antwort darauf haben wir die Kohäsionspolitik mehr auf Investitionen ausgerichtet und nutzen nun die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Wir haben (mit etwa 20 Milliarden EUR) die Zuweisung zu Finanzinstrumenten nahezu verdoppelt, um die Zahl der Unternehmen, die von der Unterstützung durch die Kohäsionspolitik profitieren könnten, erheblich zu vergrößern. Das Ziel ist die Förderung der regionalen Wirtschaft mithilfe der Fokussierung auf Bereiche mit echtem Wachstum, wie Innovation und insbesondere die





intelligente Spezialisierungsstrategie, die meiner Einschätzung nach ein leistungsfähiges Instrument für die Förderung des Übergangs der regionalen Wirtschaften darstellt. Zahlreiche Regionen aus verschiedenen Ländern haben sich zudem im Rahmen der Vanguard-Initiative – Neues Wachstum durch intelligente Spezialisierung – zusammengeschlossen. Diese wird durch die Verpflichtung der Regionen in der EU angetrieben, intelligente Spezialisierung zu nutzen, um neues Wachstum durch unternehmerische Innovationskraft und industrielle Erneuerung zu beschleunigen.

In diesem Programmzeitraum verfügen wir über 120 nationale und regionale intelligente Spezialisierungsstrategien in ganz Europa. Der interessante Aspekt ist hier, dass wir die Mitgliedstaaten dazu auffordern, mit den regionalen und öffentlichen Behörden, nicht nur ihren eigenen Regierungen, zu kooperieren, um die regionale Entwicklung durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Forschern, Universitäten und der Zivilgesellschaft in einem gesellschaftlichen Prozess voranzutreiben. Ich glaube, dies ist sehr wichtig und vielversprechend.

Innerhalb der Kommission wurden einige Generaldirektionen dafür kritisiert, nicht enger zusammenzuarbeiten. Haben Sie deutliche Verbesserungen der internen Synergien im Hinblick darauf festgestellt?

In gewissem Maße geht die in der vorangegangenen Frage erwähnte Zusammenarbeit über die traditionellen „Silos“ hinaus und zeigt auch, wie wir in der Kommission arbeiten, um sicherzustellen, dass die Kohäsionspolitik nicht mehr als isolierte Politik dasteht. Wir arbeiten mittlerweile mit Kollegen aus anderen Bereichen wie Energie, Umwelt und Forschung und, nicht zu vergessen, Stadtentwicklung zusammen. In der Tat war die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Generaldirektionen nie enger.

Dies bezieht sich auf meine Vergangenheit, da ich sehr an die Innovation des öffentlichen Sektors glaube. Ein wichtiger

Aspekt ist dabei, mehr Informationen und Wissen zwischen den Abteilungen auszutauschen. Wir haben zum Beispiel ein System mit dem Namen „Gütesiegel“ eingeführt. Wenn das Projekt eines Forscherteams in der engeren Auswahl für einen Projektauftrag für Horizont 2020 steht, jedoch keine ausreichenden Mittel für die Fortsetzung zur Verfügung stehen, kann es, wenn es zu dem regionalen Entwicklungsprogramm passt, aufgenommen und durch regionale Mittel unterstützt werden, ohne sich erneut bewerben zu müssen. Sie sehen also, dass echte Synergien zwischen Forschung und Entwicklung und der Regionalpolitik entstehen.

Die Investitionsoffensive von Juncker in Europa und die ESI-Fonds sind ebenfalls miteinander verknüpft: Die Investitionsoffensive basiert auf wirtschaftlicher Rentabilität, um private Investitionen anzulocken – es muss jedoch jemand die Risiken eingehen. Manchmal sind diese Risiken so hoch, dass zusätzliche

„Zwischen Forschung und Entwicklung und der Regionalpolitik entstehen echte Synergien“

Deckung erforderlich ist. Da kann die Kohäsionspolitik ins Spiel kommen. Ein gutes Beispiel für eine solche Synergie ist der Investitionsfonds „Troisième Révolution Industrielle“ in Nord Pas-de-Calais, ein Programm mit dem Ziel der Emissionsfreiheit bis 2050, bei dem der Energiebedarf der Region durch erneuerbare Energiequellen gedeckt werden soll. Wir nutzen mittlerweile tatsächlich eine sehr zukunftsorientierte und moderne Führungsstruktur, mit der wir zum Beispiel versuchen, die Verantwortlichen für Energie in den Mitgliedstaaten mit Fondsverwaltern zusammenzubringen. Das gilt ebenfalls für die Umwelt.

Erstreckt sich diese Synergie auf andere Europäische Institutionen oder andere Länder außerhalb Europas?

Natürlich diskutieren wir alle wichtigen Themen mit dem Parlament, dem Rat und dem Ausschuss der Regionen (AdR).

Die Partnerschaft mit dem AdR ist für uns besonders wichtig. In der Vergangenheit war seine Unterstützung allgemeiner, jetzt ist sie aber strategischer, zum Beispiel bei der Städteagenda und der intelligenten Spezialisierung. Die integrierte Politikgestaltung gewinnt immer mehr an Bedeutung in strategischen Bereichen, z. B. bei Umweltfragen, sozialen Fragen, Unterstützung kleiner Unternehmen usw., besonders in Städten. Der Wachstumspakt von Amsterdam und die Städteagenda stellen ein interessantes neues Beispiel für die Steuerung auf verschiedenen Ebenen in einem strategischen Politikbereich dar.

Die Statistiken in Europa zeigen auf, dass große und mittelgroße Städte die Wachstumsmotoren sind und als solche eine integrierte Politikgestaltung benötigen. Die Nachteile des Stadtlebens umfassen jedoch soziale Probleme, Verschmutzung, Verkehrsstaus, Wohnungsknappheit usw.

und aus diesem Grund verdienen diese Bereiche besondere Aufmerksamkeit. Trotzdem werden die städtischen Systeme in Europa weltweit als Beispiele bewährter Verfahren angesehen. Lateinamerika und Länder wie China und Japan mit weniger ausgewogenen städtischen Konzepten versuchen, von uns zu lernen.

Wie hat sich das europäische Projekt verändert, seit Sie der Kommission beigetreten sind?

Als ich meine Arbeit in Brüssel in den frühen 1980er Jahren aufgenommen habe, hatten wir neun Mitgliedstaaten und waren im Krisenmodus. Jeder sprach über die „Eurosklерose“ und der Werner-Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion war gescheitert. Ich glaube eigentlich, dass in gewisser Weise die Krise immer ein Teil des europäischen Projektes war, aber wir haben uns trotzdem immer weiterentwickelt und sie überwunden.





„In diesem Programmzeitraum verfügen wir über 120 nationale und regionale intelligente Spezialisierungsstrategien in ganz Europa.“

Zunächst konzentrierte sich das Projekt auf die westeuropäische Integration – dann wurde im Jahr 2002 die gemeinsame Währung von 19 Mitgliedstaaten angenommen. Seitdem haben wir den Kontinent durch die Erweiterung nach Osten wieder vereint und haben weitere Fortschritte mit fast dreimal so vielen nun an der gemeinsamen Politikgestaltung beteiligten Mitgliedstaaten gemacht. Wir haben aber auch weiterhin Krisen, wie jetzt – sogar schwere Krisen. In den 1980er und 1990er Jahren haben wir uns beschwert, dass keine wesentliche öffentliche politische Debatte über europäische Angelegenheiten stattfand. Aktuell haben wir mit Sicherheit eine, auch wenn sie eine

Herausforderung für alle darstellt, die am europäischen Projekt mitgewirkt haben.

Wie werden Sie nach einer solchen bereichernden Karriere nun schließlich das Beste aus Ihrem Rubestand machen?

Anders als andere Karrieren ist die Arbeit als Generaldirektor nichts, das in Teilzeit erledigt werden kann. Ich glaube, es wäre besser gewesen, allmählich weniger zu tun, anstatt von einem auf den anderen Tag vollständig aufzuhören. Ich habe aber zahlreiche Projekte geplant, mit denen ich meine Zeit ausfüllen kann. Dazu gehört die Verbesserung meiner Golfkünste, eine Wanderung durch die Alpen mit einer

unserer Töchter, das Unterrichten junger Menschen an der Universität oder auch etwas völlig Neues ausprobieren. Ich werde es herausfinden! Ich bin wirklich für die privilegierte Karriere in der Europäischen Kommission dankbar. Ich genieße es, würde aber auch gerne etwas an die Gemeinschaft zurückgeben. ■

Führender Kopf bei Vereinfachung

Panorama veröffentlicht Exklusivinterview mit Siim Kallas, dem früheren Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Vorsitzenden der hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung.

Herr Kallas, können Sie kurz den Zweck der hochrangigen Gruppe erläutern?

Das Ziel unserer Gruppe besteht darin, sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten alle zur Verfügung stehenden Optionen nutzen, um das Leben der Begünstigten zu vereinfachen. Wir sehen uns anhand der positiven Beispiele an, wie dies bereits umgesetzt worden ist, und betrachten die Gründe, warum andere Länder noch zögern. Darüber hinaus blicken wir in die Zukunft und schauen über den Tellerrand hinaus, um neue Möglichkeiten für eine Vereinfachung zu finden. Wir beraten die Europäische Kommission, wie sie den Verwaltungsaufwand für Begünstigte der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds im aktuellen Programmzeitraum weiter verringern kann und denken über langfristige Aussichten nach, wobei wir Beiträge für die Zeit nach 2020 erbringen.

Was hat Sie motiviert, die Position des Vorsitzenden der hochrangigen Gruppe zu übernehmen und welche Herausforderungen haben Sie bei dieser Aufgabe erlebt?

Mein persönliches Interesse an Vereinfachung gründet auf meiner Erfahrung bei der Umsetzung von Reformen in Estland, insbesondere bei der Sicherstellung einer umfassenden Nutzung von IT-Tools durch die Regierung. Darüber hinaus bin ich durch meine Zeit als EU-Kommissar motiviert, in der ich dafür verantwortlich war, die Entlastung für das EU-Budget zu veranlassen. Ich möchte, dass die öffentliche Verwaltung überall in Europa stets

darauf bedacht ist, die Kommunikation mit den Bürgern zu vereinfachen.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds machen einen wesentlichen Anteil des EU-Budgets aus und werden von Bürgern, Regionen und Mitgliedstaaten sehr geschätzt. Sie gehören zu den sehr konkreten Möglichkeiten, wie die Bürger den Einfluss der EU auf ihre eigenen Regionen erkennen können. Viele Begünstigte beklagen, dass der Zugang zu EU-Mitteln zu schwierig sei. Auch wenn Mittel bereitgestellt werden, möchten sie sie aufgrund von Bürokratie und Audits nicht noch einmal beantragen. Dies hat einen erheblichen Einfluss auf das Ansehen der Fonds. Wir müssen sicherstellen, dass dies nicht die Ziele beeinträchtigt, die wir mit dieser Investition zu erreichen versuchen.

Ich denke, eines der größten Probleme ist, dass Fehler aus politischer Sicht unverhältnismäßig bewertet werden. So wird etwa ein einfaches Versehen bei der Einhaltung des Verfahrens als Fehler betrachtet. Wenn der Rechnungshof berichtet, dass ein Fehler von drei Prozent aufgetreten ist, folgern alle daraus, dass drei Prozent der Gelder für Kohäsionspolitik verschwendet worden sind. Und da alle so besorgt sind, Fehler zu machen, bitten Mitgliedstaaten häufig um Klärung und weitere Richtlinien. Diese Richtlinien werden faktisches Recht, das zu weiteren Beschränkungen und noch größerer Rechtsunsicherheit führt. Dies alles entwickelt sich zu einem „nicht zu beherrschenden Verordnungsdschungel“. Wir müssen diesen Teufelskreis der ständigen Erstellung von Vorschriften durchbrechen.



Um bessere Ergebnisse zu erzielen und vereinfachte Verfahren für die Begünstigten voranzubringen, konzentriert sich die Europäische Kommission darauf, das Potenzial für Vereinfachung im Zeitraum 2014-20 zu maximieren. Um bei dieser anspruchsvollen Aufgabe zu helfen, wurde im Juli vergangenen Jahres eine hochrangige Gruppe unabhängiger Experten von der Kommission eingesetzt, um die Vereinfachung für Begünstigte der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zu überwachen. Im Folgenden bringt uns Siim Kallas, Vorsitzender der hochrangigen Gruppe, auf den aktuellen Stand, was die von der Gruppe erzielten Fortschritte angeht.



Das Fachwissen bündeln

Die hochrangige Gruppe zur Vereinfachung der Rahmenbedingungen für die Begünstigten der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) wurde von der Europäischen Kommission im Juli 2015 eingesetzt. Diese Gruppe von 12 sehr erfahrenen Experten berät die Europäische Kommission, wie der Verwaltungsaufwand für Begünstigte des ESI-Fonds abgebaut werden kann. Die Gruppe bewertet die Nutzung von Möglichkeiten der Vereinfachung durch Mitgliedstaaten, ermittelt bewährte Verfahren und gibt der Europäischen Kommission Empfehlungen für den Zeitraum 2014 bis 2020, wie Maßnahmen zur Vereinfachung besser genutzt werden können. Sie gibt darüber hinaus auch Empfehlungen zu den regulatorischen Rahmenbedingungen für die Zeit nach 2020.

Was hat die Gruppe bisher schon erreicht, was hofft sie noch zu erreichen?

Die hochrangige Gruppe hat wirklich schon viel erreicht. In weniger als einem Jahr haben wir uns dreimal getroffen und bereits vier Themen analysiert: E-Governance; vereinfachte Kostenoptionen (VKO); Zugang zu EU-Mitteln für KMU und Finanzinstrumente. Am 1. März ist eine erste Reihe von Ergebnissen und Empfehlungen zu E-Governance und VKO an die Kommission übermittelt und allen interessierten Parteien zur Verfügung gestellt worden. Bis Ende Juni hoffen wir, uns auf

eine zweite Reihe von Ergebnissen und Empfehlungen für den Zugang zu EU-Mitteln für KMU und für Finanzinstrumente geeinigt und sie veröffentlicht zu haben. Dies sind sozusagen Zwischenberichte zu den verschiedenen Themen. Wir werden auch einen Beitrag zum Abschlussbericht zu Vereinfachung im Jahr 2018 leisten. Im Augenblick konzentrieren wir uns auf die Bereiche, bei denen wir Potenzial erkennen, den aktuellen Zeitraum beeinflussen zu können. Später in diesem Jahr werden wir unsere ganze Aufmerksamkeit darauf richten, wie nach unserer Meinung die Rahmenbedingungen für eine einfachere Umsetzung in der Zeit nach 2020

aussehen sollten. Wir beabsichtigen, unseren Bericht zu diesem Thema vor dem Sommer 2017 vorzulegen, sodass der Kommission Zeit bleibt, ihn bei ihren Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik zu berücksichtigen.

Können Sie uns etwas genauer erklären, was wir von ihrer nächsten Zusammenkunft erwarten können, die dem „Gold Plating“ gewidmet ist?

Die Behörden selbst führen immer mehr Kontrollen und Verordnungen ein, um Fehler zu vermeiden. Allerdings bedeuten mehr Verordnungen einfach auch weitere Komplikationen und mehr Fehler, was für die Begünstigten ein großes Problem darstellt. Bei unserer nächsten Zusammenkunft werden zwei unserer Mitglieder ihren Bericht zu „Gold Plating“ vorlegen. Wir hören uns auch Hinweise aus der Sicht der Verwaltungsbehörden, ausführenden Stellen, lokalen Regierungen und natürlich der letztendlich Begünstigten an. Diese Gespräche sollten uns einen guten Überblick über die Situation geben, sodass unsere Gruppe konkrete Empfehlungen aussprechen kann, wie dieses wichtige Thema besser angegangen werden kann.



Erste Sitzung der hochrangigen Gruppe im Oktober 2015

Eine einzigartige Sichtweise

Siim Kallas hat umfassende Erfahrung mit den Herausforderungen, die mit der Vereinfachung der Verordnungen auf europäischer Ebene in Zusammenhang stehen. Er gehörte für zwei Amtszeiten der Kommission Barroso an, war zunächst als Vizepräsident zuständig für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung und dann für Transport. Darüber hinaus ist er Estlands ehemaliger Premierminister und Finanzminister. Seine Erfahrung bei den Reformen in Estland und bei der Beobachtung des finanziellen Wandels, der durch eine Kombination aus Reformen und finanzieller Unterstützung durch die EU entstanden ist, haben ihm eine einzigartige Sichtweise gegeben, wie sich EU-Mittel mit konkreten Fortschritten verbinden lassen. Sein Fachbereich ist Wirtschaft und Finanzen. Er ist derzeit Gastprofessor an der Universität Tartu in Estland.

Wie kann nach Ihrer Meinung als Vorsitzender der hochrangigen Gruppe eine Vereinfachung erreicht werden?

Alle möchten Ergebnisse und eine ordnungsgemäße Nutzung des Geldes. Daher sollte mit einer Vereinfachung eine Straffung des Vergabesystems sichergestellt werden, damit der Schwerpunkt auf den Ergebnissen bleiben kann. Für diesen Zeitraum müssen wir die bereits existierenden Möglichkeiten maximieren – wir haben schon einige Empfehlungen ausgesprochen, was unserer Meinung nach erreicht werden könnte, wie etwa, dass Verwaltungsbehörden leichter vereinfachte Kostenoptionen nutzen können.

Für die Zukunft denke ich, dass dies einen noch radikaleren Ansatz erfordern wird – einen Ansatz, der einige Änderungen der Prioritäten bei den Fonds widerspiegelt. Ich meine damit, dass die Rahmenbedingungen stärker auf die Investitionsformen ausgerichtet werden müssten, z. B. mit einem flexibleren Ansatz, der den Charakter der verschiedenen Finanzinstrumente widerspiegelt. Wir müssen auch die Frage des Vertrauens zwischen den verschiedenen Ebenen der Audits und Kontrollen angehen.

Ich bin der Meinung, dass sowohl in diesem Zeitraum als auch in der Zukunft eine Vereinfachung nur erreicht werden kann, wenn der politische Wille vorhanden und die Unterstützung aller Akteure gegeben ist. Es besteht ein wachsendes Bedürfnis nach Vereinfachung. Augenscheinlich ist die Kommission offen dafür, bessere Möglichkeiten für die Umsetzung der Fonds zu finden, da sie die hochrangige Gruppe eingesetzt hat. Ich habe jedoch dieselbe Offenheit auch bei meinem Einsatz für das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen gespürt. Ich weiß, dass auch die Mitgliedstaaten dazu bereit sind. Daher bin ich optimistisch, dass wir konkrete Lösungen finden können. ■

WEITERE INFORMATIONEN

<http://bit.ly/1eYWX6J>

NACHRICHTEN [IN KÜRZE]

Vorstellung von Projekten in Griechenland

Im Zusammenhang mit der EU-weiten Kampagne „Europa in meiner Region“, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung organisiert wurde, hatten Menschen in Griechenland im Mai und Juni die Möglichkeit, mehr über von der EU mitfinanzierte Projekte in ihrer Region zu erfahren. Im Rahmen von 26 Veranstaltungen in Athen und neun Regionen konzentrierte sich die Beteiligung Griechenlands, die von der Nationalen Koordinierungsbehörde für den Nationalen strategischen Rahmenplan (NSRP) des Ministeriums für Wirtschaft, Entwicklung und Tourismus und von den Verwaltungsbehörden der Regionen organisiert wurde, in erster Linie auf Projekte in den Bereichen Bildung, Kultur, Verkehr und städtische Umwelt.

Die Region Kreta lud Studenten zur Vorstellung einer App für künstliche Intelligenz ein, die von Forschern des Instituts für Informatik der Stiftung für Forschung und Technologie entwickelt wurde. In fünf Schulen, die mit Mitteln des NSRP 2007-2013 auf Kreta, in Chios und in Tripoli gebaut, erweitert oder verbessert worden waren, fanden mehrere Informationsveranstaltungen statt.

Im Transportsektor hat auf Initiative der Nationalen Koordinierungsbehörde für den NSRP des Ministeriums für Wirtschaft, Entwicklung und Tourismus ein großes von der EU mitfinanziertes Projekt in der griechischen Hauptstadt andere Projekte, denen Mittel zur Verfügung gestellt wurden, beherbergt.

Am Europatag eröffnete die Region Ostmakedonien und Thrakien das Hauptquartier der Garnison in Xanthi, das mit NSRP-Mitteln



restauriert worden war, und zeigte eine Ausstellung über den Umbau eines alten Tabaklagers in ein Fünf-Sterne-Hotel in Drama mit Mitteln der Initiative Jessica. Auch die Regionen Epirus, die Ionischen Inseln, Thessalien, Westgriechenland, der Peloponnes und das griechische Festland stellten Kulturprojekte vor.

MEHR ZU DIESEM THEMA

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/atlas/greece/

Ein erfolgreiches Jahr für den EFSI

Achtzehn Monate, nachdem Präsident Jean-Claude Juncker die Investitionsoffensive für Europa einführte, und ein Jahr nach dem Start des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) hat die Kommission eine erste Bilanz gezogen.

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI), der von der EIB-Gruppe verwaltet wird, befindet sich auf Kurs, bis Mitte 2018 mindestens 315 Milliarden EUR zusätzlicher Investitionen in die Realwirtschaft bis zu mobilisieren. Der EFSI bietet eine Erstverlustgarantie, wodurch die EIB in mehr und manchmal riskantere Projekte sowie zu einem früheren Zeitpunkt als ohne Unterstützung des EFSI investieren konnte. Insgesamt ist der Fonds bereits in 26 Mitgliedstaaten aktiv und wird voraussichtlich dank der bisherigen Zustimmung 100 Milliarden EUR an Investitionen auslösen.

Im Februar hat die Kommission Leitlinien vorgelegt, wie die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) mit dem EFSI kombiniert werden können, um möglichst umfangreiche Investitionen zu ermöglichen. Eine erste Reihe von Projekten profitiert bereits in der Praxis von dieser Kombination, die weiter vereinfacht wird. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://europa.eu/!XC78YN>

Einer für alle, alle für einen



für den Programmzeitraum 2014-2020 wider.

Das Programm Interact ist durch die Entwicklung harmonisierter Instrumente für die

Interreg-Gemeinschaft, einschließlich KEEP, HIT, eMS und der Interreg-Marke, ein gutes Beispiel für bewährte Verfahren im Bereich der effektiven Verwaltung. Gabriel Alvarez, Kommunikationsmanager von Interact, erklärt.

Die europäischen Regionen stehen häufig zahlreichen Herausforderungen bei der effektiven Verwaltung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) gegenüber, da sie finanzielle Fehler vermeiden und gleichzeitig konkrete Ergebnisse vorweisen müssen. Aus diesem Grund ist es gängige Praxis für jedes Land oder sogar jede Regionalverwaltung, eigene Lösungen zu entwickeln. Dieser Ansatz kann jedoch zu hohen Verwaltungs- und Finanzkosten führen.

Für die Lösung dieses Problems hat die Europäische Kommission eine Hochrangige Gruppe unabhängiger Experten zur Überwachung der Vereinfachung für Begünstigte der ESI-Fonds eingerichtet. Ihre Aufgabe ist die Beratung der Kommission hinsichtlich der Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands für Begünstigte der ESI-Fonds.

Gleichzeitig umfassen die Investitionsprioritäten innerhalb des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) u. a. die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten der öffentlichen Behörden und Interessenvertreter sowie eine effiziente öffentliche Verwaltung. Dies spiegelt sich unter dem Thematischen Ziel 11 in der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen

Eine hochwertige öffentliche Verwaltung hat durch Förderung von Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum positive Auswirkungen auf das Wirtschaftsumfeld. Dieser Umstand bietet mit Sicherheit eine hervorragende Gelegenheit für Interreg-Programme und Mitgliedstaaten, die Synergien zwischen den verschiedenen Organen zu maximieren.

In seiner unterstützenden Rolle hat das Programm „Interact“ die Harmonisierung als eine der wichtigsten Vereinfachungsmaßnahmen für die Verschlinkung der Arbeit sowohl der Einrichtungen als auch der Begünstigten des Interreg-Programms erkannt. Mit der Unterstützung von Interact als Vermittler wurden Arbeitsgruppen und Expertengruppen mithilfe der Interreg-Gemeinschaft gebildet, die sich an der Entwicklung gemeinsamer Produkte für alle Programme beteiligten.

Dank dieses gemeinsamen Ansatzes haben die Interreg-Programme ohne Zweifel personelle und finanzielle Ressourcen in dem Bestreben eingespart, Zusammenarbeit, Vereinfachung und Ergebnisorientierung anzustreben. Die Ergebnisse dieser Aktion haben es Interact ermöglicht, KEEP, HIT, eMS und eine einheitliche Marke für Interreg zu erschaffen.



KEEP ist die umfangreiche und benutzerfreundliche europäische Datenbank, Suchmaschine und das Clustering-Tool der Projekte von Interreg, Interreg-IPA CBC

und ENPI/ENI CBC und für Begünstigte ab dem Jahr 2000. Es verstärkt die Sichtbarkeit, Zusammenarbeit und Transparenz von Interreg bei der Nutzung von EU-Mitteln sowie die Analyse von Kooperationslücken, Erfolgen und Tendenzen.

Es bietet eine Reihe von Möglichkeiten, um geeignete Partner zu finden, Informationen über ähnliche Projekte in unterschiedlichen Themenbereichen zu sammeln und Daten für die Berichterstattung, Forschung oder zu statistischen Zwecken zu entnehmen. Bis heute wurden über 17 000 Projekte

der territorialen Zusammenarbeit in die KEEP-Datenbank eingegeben. Dies sind 73 % der Projekte im Zeitraum 2000-2006 und 93 % aller Projekte im Zeitraum 2007-2013.



HIT umfasst eine Reihe von Vorlagen, Informationsblättern und Musterformularen, die die Verwaltung der Interreg-Programme in verschiedenen Bereichen unterstützen: Projektauswahl und Durchführung, Finanzkontrolle und Überprüfung sowie Förderfähigkeit der Ausgaben.

Es bringt eine gegenseitig vereinbarte Reihe von Mindestwartungen an die Datensammlung und -verarbeitung auf Grundlage der Anforderungen relevanter EU-Politiken mit sich. Nach einer Umfrage von Interact im Jahr 2015 verwenden 66 % der Interreg-Programme das HIT-Paket im Zeitraum 2014-2020, während 20 % der Programme es als Orientierung heranziehen werden.

eMS ist eine gebrauchsfertige Überwachungs-Software für Kooperationsprogramme und Projekte der EU, die den gesamten Lebenszyklus von der Beantragung, Bewertung und Durchführung bis zur Bezahlung und Berichterstattung des Projekts an die Europäische Kommission einschließt.

Die von Interact entwickelte Software wird den EU-Kooperationsprogrammen kostenlos zur Verfügung gestellt. Bisher sind 33 Programme von Interreg, Interreg-IPA CBC und ENI CBC der eMS-Gemeinschaft beigetreten und viele von ihnen nutzen eMS bereits für die Einreichung von Anträgen, Projektbewertungen und Berichterstattung.



eMS erleichtert Antragstellern den Zugang zu EU-Kooperationsprogrammen, da es die Projektanträge und die Benutzeroberflächen für Berichterstattung in ganz Europa harmonisiert. Bis heute wurden Steuergelder von über 10 Millionen

EUR eingespart. eMS wurde außerdem von der Hochrangigen Gruppe für Vereinfachung der GD Regio als bewährtes Verfahren anerkannt (siehe Seite 14).



Interact ist ein EFRE-Programm, Teil der Interreg-Gemeinschaft, das sich auf die Bereitstellung von Diensten für die Unterstützung der Programme von Interreg, Interreg IPA-CBC und ENI konzentriert. Es befasst sich mit dem Thematischen Ziel 11 – Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und effiziente Verwaltung.

Eine gemeinsame Marke

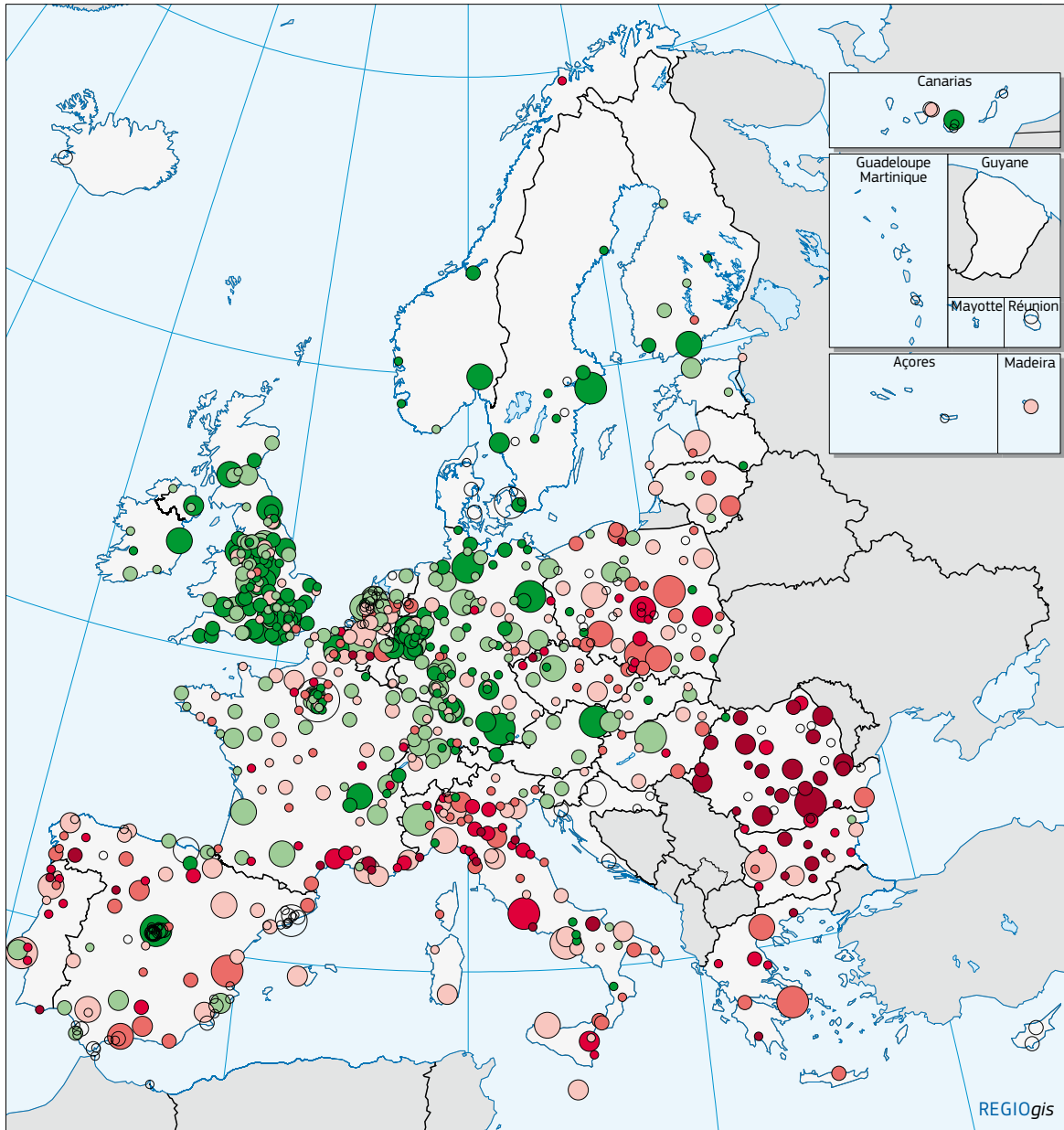
Die Interreg-Marke umfasst Initiativen wie die Annahme einer gemeinsamen Nomenklatur (Interreg) für alle Programme, unabhängig von ihrer Sprache, ein gemeinsames Logo und eine Kommunikationskampagne, die als European Cooperation Day bezeichnet wird. Die Projektergebnisse werden in jedem Jahr am 21. September im Rahmen lokaler Veranstaltungen bekannt gegeben.

Ein gemeinsamer Ansatz für eine Interreg-Marke ist die Verbesserung der Sichtbarkeit und des Verständnisses. Die Europäische Kommission hat den Namen (Interreg V) sogar in ihren Beschluss über Programmbereiche und Budgets auf Grundlage der Interreg-Markeninitiative wiedereingeführt. Mehr als 70 % der Programme haben das neue Interreg-Logo angenommen und am European Cooperation Day teilgenommen. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA
www.interact-eu.net

STRASSENVERKEHRSTOTE IN STÄDTEN, 2011-2013

Die EU strebt an, die Anzahl der Verkehrstoten bis 2020 um 50 % zu verringern. Damit wären es weniger als 3,1 Personen pro 100 000 Einwohner. Dieses Ziel wurde in den grün markierten Städten bereits erreicht. Obwohl die meisten Städte in Nordwesteuropa eine geringe Anzahl an Verkehrstoten zu beklagen haben, müssen die in violett markierten Städte ihre Zahlen weiter verringern. In fast allen rumänischen Städten (>9) und in vielen Städten in Bulgarien und Griechenland (>6) ist der Anteil sehr hoch. In den meisten Städten in Italien, Polen, Spanien und Portugal sind weitere Fortschritte erforderlich, um das Ziel der EU bis 2020 zu erreichen.



Tote pro 100 000 Einwohner

- < 2.0
- 2.0 - 3.1
- 3.1 - 4.5
- 4.5 - 6.0
- 6.0 - 9.0
- ≥ 9.0
- Keine Daten

Bevölkerung Stadtzentrum

- < 100 000
- 100 000 - 250 000
- 250 000 - 500 000
- 500 000 - 1 000 000
- 1 000 000 - 5 000 000
- ≥ 5 000 000

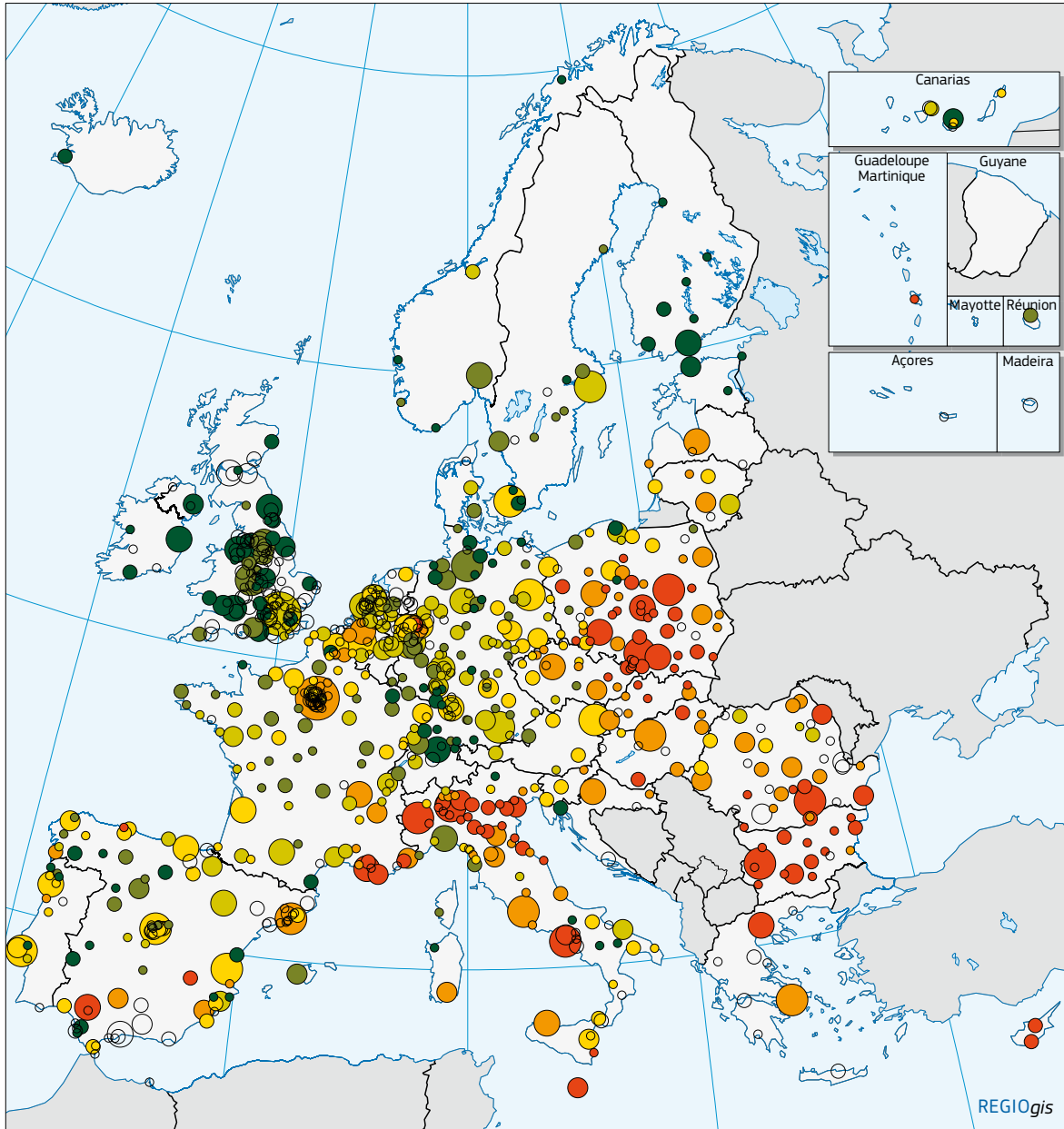
AT: 2013; BE: 2011 and 2013
 IT, PL, PT, SI, SK, FI, NO: 2011-2012.
 IE, EL: 2011; CZ, ES, FR, SE: 2010-2011
 MT: 2009; LU: 2008-2009; RO: 2008
 Quelle: Eurostat

0 500 Km

© EuroGeographics Association, bezüglich der Verwaltungsgrenzen

FEINSTAUBKONZENTRATION (PM10) IN STÄDTEN, 2013

Luftverschmutzung kann die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen und sogar ihre Lebenszeit verkürzen. Die EU-Richtlinie begrenzt die Konzentration von Feinstaubpartikeln bis 10 µm* auf weniger als 40 µg/m³. Die in rot markierten Städte haben diesen Grenzwert im Jahr 2013 überschritten. Der Richtwert der Weltgesundheitsorganisation ist strenger und liegt bei 20 µg/m³. Alle in gelb und orange markierten Städte haben diesen Wert im Jahr 2013 übertroffen. Die höchsten Konzentrationen wurden in Städten in Bulgarien, im Süden Polens, auf Zypern und in der Po-Ebene in Italien nachgewiesen. Nur wenige Städte, die meisten davon in Finnland und dem Vereinigten Königreich sowie einige in Spanien, Frankreich und Deutschland, haben beide Grenzwerte eingehalten.



Tagesdurchschnittskonzentration (µg/m³)

- < 19
- 19 - 21
- 21 - 23.8
- 23.5 - 27
- 27 - 33
- >= 33
- Keine Daten

Bevölkerung Ballungszentrum


- < 100 000
- 100 000 - 250 000
- 250 000 - 500 000
- 500 000 - 1 000 000
- 1 000 000 - 5 000 000
- >= 5 000 000

Der Durchschnitt wurde von Messstationen innerhalb der Stadtgrenzen erfasst.
Quellen: EUA, GD REGIO

0 500km

© EuroGeographics Association, bezüglich der Verwaltungsgrenzen

* Partikel werden in µm = Mikrometer (1/1000 eines Millimeters) / µg/m³ = Mikrogramm pro Kubikmeter (1 Mikrogramm = 1/1 000 000 Gramm) gemessen



EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer: Auf die Plätze, fertig, los!

Die EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (EUSAIR) soll der Region, die Heimat für 70 Millionen Menschen und wichtig für das geografische Gleichgewicht Europas ist, helfen, die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit in Bereichen wie der Förderung der Meereswirtschaft, dem Umweltschutz, der besseren Verknüpfung von Verkehr und Energie und der Ankurbelung des nachhaltigen Tourismus zu nutzen.

Eineinhalb Jahre nach der Eröffnungskonferenz im November 2014 in Brüssel befindet sich die dritte makroregionale Strategie der EU jetzt in ihrer Durchführungsphase. Die Grundlage der gemeinsamen Arbeit der acht teilnehmenden Länder (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Griechenland, Italien, Montenegro, Serbien und Slowenien) wurde mithilfe einer stabilen Plattform geschaffen, mit der die Prioritäten der vier Bereiche der Strategie festgelegt wurden: 1) Blaues Wachstum; 2) Die Region verbinden; 3) Umweltqualität und 4) Nachhaltiger Tourismus. Das Interreg-Programm ADRION, das im Dezember 2015 verabschiedet wurde und dasselbe geografische Gebiet wie EUSAIR abdeckt, umfasst eine Prioritätsachse zur Unterstützung der Führung und Verwaltungsstrukturen der Strategie.

Am 12. und 13. Mai 2016 traf sich die Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu anlässlich des 1. EUSAIR-Forums in Dubrovnik (Kroatien) mit den Außenministern und Ministern für EU-Fonds der acht beteiligten Länder und mit mehr als 600 wichtigen Interessenvertretern (nationale, regionale und lokale Verwaltungen, Universitäten, Unter-

nehmenssektor und Zivilgesellschaft) der Region Adria-Ionisches Meer, um eine Bestandsaufnahme der Fortschritte der makroregionalen Strategie der EU zu machen und die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Auf Worte folgen Taten

Bei der Eröffnung des Forums verwies Kommissarin Crețu auf drei zentrale Elemente, um den Worten Taten folgen zu lassen: Erstens die Notwendigkeit, über Grenzen und Sektoren hinaus zu denken und somit die „Komfortzone“ zu verlassen. Zweitens die Sicherstellung, dass alle notwendigen Partner mit am Tisch sitzen. Und drittens die Umsetzung des politischen Willens in angemessene Ressourcen. Die von den Ministern angenommene Erklärung von Dubrovnik unterstreicht ihre Verpflichtung, finanzielle, administrative und technische Ressourcen zu verwenden, und verlangt eine bessere Harmonisierung der Strategie mit den nationalen Finanzierungsprioritäten.

Die Teilnehmer des Forums besprachen, wie der makroregionale Ansatz der Region helfen kann, durch gemeinsame Bewältigung der genannten komplexen und verschiedenen Herausforderungen widerstandsfähiger zu werden, da die einzelnen Länder nicht mehr länger hoffen können, sie alleine zu meistern. Ein weiteres zentrales Thema war der Bedarf eines Systems der Verwaltung auf mehreren Ebenen als wesentliche Voraussetzung für die zweckmäßige Durchführung der Strategie und die Erreichung ihrer Ziele.

Die Forumsteilnehmer bestätigten das Potenzial von EUSAIR, nicht nur für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Anbindung in der Region, sondern auch für die Unterstützung auf dem Weg zur Integration der vier teilnehmenden Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer der EU.

Die Strategie unterstützt acht Länder in vier Bereichen:



Blue Growth
EUSAIR

Griechenland und
Montenegro



Environmental Quality
EUSAIR

Slowenien und Bosnien
und Herzegowina



Connecting the Region
EUSAIR

Italien und Serbien



Sustainable Tourism
EUSAIR

Kroatien und Albanien

Querschnittsthemen und horizontale Grundsätze:

- › Kapazitätsaufbau, einschließlich Kommunikation
- › Forschung, Innovation, kleine und mittlere Unternehmen
- › Klimaschutz und Klimaanpassung
- › Katastrophenvorsorge



Am 1. Juni 2016 trat die Regierung Kroatiens den vorübergehenden Vorsitz der adriatisch-ionischen Initiative und von EUSAIR an die Regierung Griechenlands ab. Bei seiner Rede auf der Abschlussitzung des Forums sagte der stellvertretende Wirtschaftsminister Alexis Charitsis, dass der griechische Vorsitz anhand des Leitmotivs „makroregional denken, lokal handeln“ geführt werde.

Eine makroregionale Strategie ist ein integrierter Rahmen, der u. a. durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützt werden kann, um die gemeinsamen Herausforderungen von EU-Mitgliedstaaten und Nicht-EU-Ländern in derselben geografischen Region zu bewältigen. Sie profitieren dabei von einer verstärkten Zusammenarbeit, die zur Erreichung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion beiträgt.

Die EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer, die im Jahr 2014 vom Rat bestätigt wurde, ist die dritte makroregionale Strategie der EU nach der richtungsweisenden EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR) und der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR), die vom Rat im Jahr 2009 bzw. 2011 verabschiedet wurden. Eine vierte makroregionale Strategie für den Alpenraum wurde im Januar 2016 eingeführt (siehe *Panorama* 56).

MEHR ZU DIESEM THEMA

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/conferences/adriatic-ionian/2016

<http://www.adriatic-ionian.eu/>

Mit der Kamera eingefangen

Jedes Jahr erhalten tausende Projekte in ganz Europa regionale Mittel von der Europäischen Union. Der Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ ist eine großartige Möglichkeit, einen Ausflug mit Ihrer Kamera zu machen und Fotos von einem EU-finanzierten Projekt aufzunehmen. Hier sehen Sie nur eine kleine Auswahl der in den vergangenen Jahren in unterschiedlichen Regionen Europas aufgenommenen Fotos.

Einsendeschluss für den diesjährigen Wettbewerb ist der 28. August 2016. Die Gewinner erhalten ihre Preise während der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel, die vom 10. bis 13. Oktober stattfindet. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<https://goo.gl/t3iwcT>





Panorama freut sich auf Ihre Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist die Rubrik von *Panorama*, in der lokale, regionale, nationale und europäische Interessenvertreter ihre Meinung zur reformierten Kohäsionspolitik kundtun und ihre Pläne für den Zeitraum 2014-2020 beschreiben können.

Panorama freut sich auf Ihre Beiträge. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in eigener Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, um weitere Informationen über Abgabefristen und Richtlinien für Ihren Beitrag zu erhalten.
regio-panorama@ec.europa.eu

„Arctic Smartness“ – das Potenzial der Region nutzen

Lapland ist die nördlichste Region der EU und das Tor zur arktischen Region. Sie spielt nicht nur beim Klimawandel und bei der nachhaltigen Entwicklung der natürlichen Ressourcen, sondern auch bei der internationalen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle und ist bedeutend für die weltweite Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung, wie in einer kürzlich erschienenen gemeinsamen Mitteilung des Europäischen Parlaments und des Rates für eine integrierte Politik der EU in der Arktis erwähnt wird.

Die Bezeichnung „arktische Region“ lässt häufig an Stereotypen wie Schnee und Eis denken, aber die Region hat so viel mehr zu bieten: riesige natürliche Ressourcen, eine gute Infrastruktur und eine innovative Denkweise. In nur wenigen Jahren hat Lapland seine arktischen Herausforderungen in „Arctic Smartness“ verwandelt.

Wie ist Lapland also zur fortschrittlichsten, innovativsten Region der Arktis geworden? Heute ist Lapland eine seltene Kombination aus unzähligen kleinen Gemeinden, urbanen Stadtzentren und Urlaubsorten, allerdings mit sehr viel Platz für jeden. Hier gibt es Wälder, rauschende Flüsse, ein breites Spektrum an Forschungsdiensten und ein stabiles Umfeld für Investitionen und für die Wirtschaft, das durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Netzwerke gestärkt wird. Hier gehört die Arktis zum täglichen Leben.

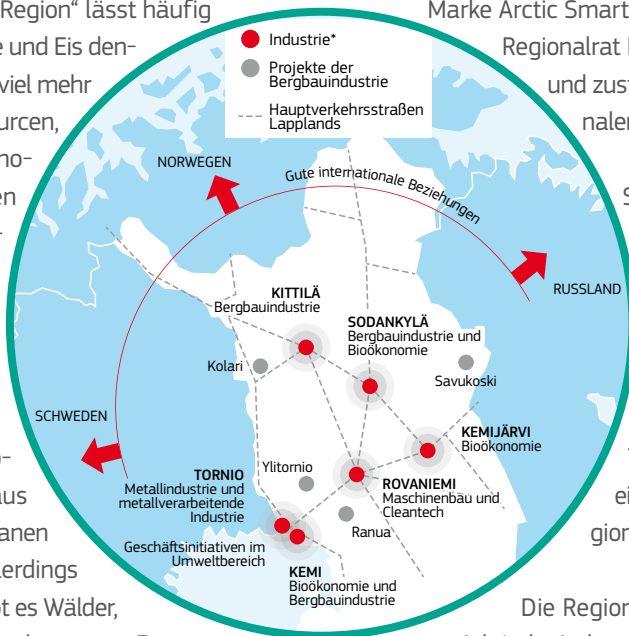
Eine ausgeglichene Kombination aus industrieller Kompetenz und Engagement für eine nachhaltige Entwicklung steht im Mittelpunkt, wenn es darum geht, die natürlichen Ressourcen der Region weiterzuentwickeln. Trotz der bemerkenswerten industriellen Entwicklung – in der Region befindet sich eine der größten Industriekonzentrationen der EU mit den Sektoren

Forstwirtschaft und Erzabbau – bleibt Lapland eine der Regionen weltweit, die das sauberste Wasser und die sauberste Luft haben. Sie ist auch die größte anerkannte Region für das Ernten von Naturprodukten.

„In Lapland haben wir beschlossen, mutige und offene Entscheidungen zu treffen und zugleich in unsere Zukunft zu investieren. Lapland war eine der ersten Regionen, die sich dem Konzept „Smart Specialisation“ (S3) angeschlossen haben. „Smart Specialisation“ war ein Meilenstein, der uns geholfen hat, aufstrebende Wirtschaftszweige zu erkennen, die sich aus dem Potenzial der Region ergeben. Zudem legte das Fundament für die regionale Marke Arctic Smartness“, sagt Kristiina Jokelainen vom Regionalrat Lapland, Geschäftsführerin von S3 und zuständig für die Entwicklung der regionalen Cluster.

Schon von Anfang an basierte die Planung und Umsetzung von S3 auf der breiten Beteiligung und dem Engagement der Interessenvertreter in der Region. In Lapland steht „Arctic Smartness“ für eine Interaktion verschiedener Sektoren und Technologien im Rahmen sowohl einer regionalen als auch einer interregionalen Zusammenarbeit.

Die Regionalcluster von „Arctic Smartness“ – Arktische Industrie und Kreislaufwirtschaft; Arktische „smarte“ ländliche Gemeinden; Arktisches Design; Arktische Sicherheit und Schutz und Arktisches Umfeld für Entwicklungen – bilden das Rückgrat des Systems für nachhaltige Entwicklung und regionale Innovation in Lapland. Dieser moderne, sektorübergreifende synergetische Ansatz, bei dem über Grenzen hinweg gedacht wird, hilft uns, den Mangel an kritischer Masse in der Region zu überwinden und die Industriezweige Laplands in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren.



Päivi Ekdahl - Leiterin für Entwicklung, Regionalrat von Lapland



Kohäsionspolitik zur Unterstützung von Inseln

Inselregionen haben gemeinsame und besondere Eigenschaften und Merkmale, die sie deutlich von Festlandregionen unterscheiden. Die Struktur- und Investitionsfonds der EU sind wichtig, um einen Anstoß für langfristige Investitionsprojekte in diesen Gebieten zu geben und Finanzierungslücken zu schließen.

Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erkennt an, dass Inselregionen unter einer dauerhaften Benachteiligung leiden, die besondere Aufmerksamkeit erfordert. Tägliche Herausforderungen wie das Fehlen von Skaleneffekten, kleine Märkte und begrenzte private Investitionen in einer Vielzahl von Sektoren, einschließlich Verkehr, Energieeffizienz (mit Auswirkungen auf Energiearmut), digitale Anbindung usw., wirken sich auf Unternehmen und den Erwerb des Lebensunterhalts aus.

Die Kohäsionspolitik ist die am besten geeignete europäische Politik, um die Herausforderungen der Inseln zu bewältigen. Inselregionen haben hervorragende Beispiele für die Nutzung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für Investitionen in Verkehr, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Forschung usw. geliefert, die einen Beitrag zu den strategischen Zielen der EU für 2020 und darüber hinaus leisten.

Es gibt jedoch auch Beispiele für Misserfolge und Verzerrungen, besonders im Hinblick auf den Zugang zur Kohäsionspolitik für Inseln mit NUTS-3-Klassifikation oder niedriger,

wenn sie Teil einer NUTS-2-Region auf dem Festland mit deutlich höherem BIP sind.

Aufgrund ihrer Randlage und der besonderen Eigenschaften waren Inseln besonders anfällig für die letzte Finanzkrise. Die aktuellsten Zahlen von Eurostat zum regionalen BIP von 2014 belegen, dass die größten Rückgänge in Europa, die im Bereich von 30 % liegen, auf Inseln zu beklagen waren. Dies ist ein weiterer Beleg für die wachsende Entwicklungslücke zwischen dem Zentrum Europas und seinen Randgebieten. Diese Herausforderung für die Zukunft kann besonders durch die Stärkung der territorialen Dimension der Kohäsionspolitik gemeistert werden.

Die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR, www.cpmr.org), an der etwa 160 Regionen mit rund 200 Millionen Einwohnern teilnehmen, setzt sich für eine ausgewogenere Entwicklung innerhalb des europäischen Gebiets ein. Seit 1973 haben die KPKR und die Inselkommission ihre Aufmerksamkeit und Tätigkeiten darauf konzentriert, sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Interessen ihrer Mitgliedsregionen in Rand- oder Insellage in politischen Strategien mit umfangreichen territorialen Auswirkungen, z. B. soziale, wirtschaftliche und territoriale Kohäsion, Meerespolitik und Zugänglichkeit, berücksichtigt werden. ■

George Hatzimarkos, Präsident der Inselkommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) und Gouverneur der Region südliche Ägäis (Griechenland)

Der Ansatz Pommerns für intelligente städtische Wiederbelebung



Pommern ist eine polnische Region mit Selbstverwaltung, die ein operationelles Programm (OP) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) betreibt und damit u. a. die städtische Wiederbelebung unterstützt. Das Programm ist nur eines der genutzten Instrumente für die Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie für Pommern 2020.



Gemeinsame Stärke

Das Ziel des operationellen Programms für die Region Pommern im Zeitraum 2014-2020 ist, sich den Herausforderungen der Region in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, berufliche und soziale Aktivitäten, Potenzial einzelner Gebiete, Verkehrssystem, Energie und Umwelt zu stellen. Angesichts der Vielzahl an Themen und der verschiedenen Durchführungsinstrumente ist es wichtig, Synergie, Kohärenz und eine reibungslose Koordination sicherzustellen.

Um dies zu erreichen, nutzt Pommern erfolgreich einen Verhandlungsansatz, der sich auf die Beteiligung und Einbeziehung verschiedener Einrichtungen, Körperschaften und Gemeinschaften als Partner stützt. Dies beinhaltet die Bestimmung intelligenter Spezialisierungen, die Entwicklung der besten Revitalisierungsprojekte und die Koordinierung der Tätigkeiten in Städten und ihren umliegenden Funktionsbereichen.

Die polnische Region hat einen einzigartigen Partnerschaftsprozess von unten nach oben angenommen, der intelligente Spezialisierungen auf Grundlage von Vorschlägen, die in offenen Wettbewerben von interessierten Wirtschafts- und Wissenschaftsgemeinschaften eingereicht werden, definiert. Die Vorschläge wurden von Experten von außerhalb der Region und aus dem Ausland mit internationaler Geschäfts- und Forschungserfahrung bewertet. Als Ergebnis haben die regionalen Behörden vier Bereiche der intelligenten Spezialisierung ermittelt (siehe Seite 31).

Das Wettbewerbsverfahren für die Auswahl der Spezialisierungen hatte eine äußerst aktive unternehmerische Entdeckungsreise zu Folge, an der zahlreiche regionale Partner, die die Geschäftswelt, den Bildungsbereich, Einrichtungen des geschäftlichen Umfelds und Nichtregierungsorganisationen (NRO) vertraten, beteiligt waren. Die wichtigsten Akteure für den Aufbau einer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft konnten direkt mit interessierten Partnern arbeiten. Insgesamt waren mehr als 400 Einrichtungen beteiligt. Dazu gehörten die größten Schulen und Hochschulen in der Region, führende Wirtschaftsinstitutionen, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Krankenhäuser und unzählige NRO. Die größte Gruppe bildeten jedoch etwa 300 Unternehmen.

Das Verhandlungselement leistete einen erheblichen Beitrag zur Ermittlung intelligenter Spezialisierungen in der Region. Nach der Auswahl der Bereiche für intelligente Spezialisierung handelten die regionalen Behörden mit jeder der betroffenen Gemeinschaften eine Vereinbarung aus, in der der Umfang und die vorrangigen Forschungsbereiche einer bestimmten Spezialisierung sowie die Grundsätze und der Ansatz für die Unterstützung ihrer Entwicklung durch öffentliche Mittel einschließlich des regionalen OP für 2014-2020 festgelegt wurden.

Nach umfassender Einbeziehung der beteiligten Gemeinschaften in den Aufbau intelligenter wirtschaftlicher Spezialisierungen



gen, gestützt durch die obengenannten Vereinbarungen, besteht nun die Absicht, zahlreiche neue und innovative Unternehmen, Projekte und Produkte zu schaffen, die zur Förderung der Wirtschaft in Pommern und Umgebung vermarktet werden können.

Angesichts der ausgewählten Spezialisierungsbereiche strebt Pommern die weltweite Anerkennung als Hersteller von „intelligenten Häusern“, Technologien zur Lösung der Probleme in der Energiespeicherung, innovativen Produkten und Diensten im Gesundheitswesen sowie von Schwimmfahrzeugen, die mit alternativem Treibstoff fahren, an.

Seit dem Beginn des Verfahrens zur Auswahl der intelligenten Spezialisierungen wurde Wert auf die Rolle von privatem Kapital in den von unterschiedlichen Gruppen geplanten Vorhaben und Projekten gelegt. Die Beteiligung von privatem Kapital gewährleistet nicht nur eine höhere Effizienz und Nachhaltigkeit der umgesetzten Lösungen, sondern führt außerdem Mechanismen ein, die eine Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung nach 2020 ermöglicht, wenn die Mittel aus der Kohäsionspolitik geringer ausfallen werden als im gegenwärtigen Programmzeitraum.

Politik der Wiederbelebung

Im Zeitraum 2014-2020 ist eine der Prioritäten der Kohäsionspolitik und ein Teil ihrer städtischen Dimension eine umfangreiche Wiederbelebung heruntergekommenen Bereiche in Städten. Dies ist auch ein wichtiger Aspekt der Stadtpolitik in ganz Polen. In diesem Zeitraum sind die von der Kohäsionspolitik unterstützten Wiederbelebungsjekte auf eine vollumfassende und stimmige Kombination sozialer, wirtschaftlicher und räumlicher Aktivitäten angewiesen. Das Hauptziel ist dabei die soziale Inklusion von Bürgern, die in heruntergekommenen städtischen Gebieten leben sowie die Verringerung der Armut, die sie betrifft.

Pommern hat diesen Ansatz bereits im Zeitraum 2007-2013 mithilfe der zu dieser Zeit verfügbaren Durchführungsmechanismen genutzt. Bei jedem Projekt zur Wiederbelebung, das vom EFRE mitfinanziert wird, wurde ein wesentlicher Ressourcenpool für Aktivitäten sozialer Natur in Höhe von 15 % der förderfähigen Kosten im Rahmen des Flexibilitätsinstruments bereitgestellt. Das Ziel war die Unterstützung zusätzlicher sozialer Maßnahmen in heruntergekommenen Bereichen in Polen mit einem separaten OP, das ein Interventionsinstrument des Europäischen Sozialfonds (ESF) umfasst.

Auf Grundlage der Verhandlungen mit Städten wurde eine einzigartige Formel für den Umfang und das Profil ihrer Projekte zur Wiederbelebung verwendet, die anschließend durch das regionale OP für 2007-2013 gefördert wurden. Pommern nutzt diesen neuartigen Verhandlungsansatz für die großangelegte



European Solidarity Centre in Gdańsk



Inside the European Solidarity Centre in Gdańsk

Schaffung optimaler Lösungen für Städte und ihre Funktionsbereiche, die für die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln infrage kommen.

In der Praxis bewährt

Der Ansatz für die Projekte zur Wiederbelebung, die durch das regionale OP für den Zeitraum 2014-2020 finanziert werden, umfasst die Weiterführung und Entwicklung der zuvor getesteten Mechanismen, die in der Umsetzung von acht komplexen Projekten zur Wiederbelebung resultierten, die über 50 000 Einwohner in heruntergekommenen Bereichen von fünf Städten betrafen.

Die Projekte zur Wiederbelebung folgen der Formel für integrierte Projekte: Es gibt zwei eng miteinander verbundene Projekte, von denen eines durch den ESF und das andere durch den EFRE mitfinanziert wird. Gleichzeitig bestimmen Maßnahmen sozialer Natur die Art der Infrastrukturprojekte – anstatt umgekehrt. Die Durchführung eines solchen Modells wird durch die Tatsache erleichtert, dass das regionale OP für den Zeitraum 2014-2020 gegenwärtig von zwei Fonds unterstützt wird.

Schrittweise Verhandlungen zwischen 31 Städten und regionalen Behörden betreffen unter anderem die Abgrenzung heruntergekommener Bereiche, Stadterneuerungsprogramme und den Umfang integrierter Projekte zur Wiederbelebung. Die geförderten Projekte müssen Lösungen für spezifische Probleme finden, die in den Programmen zur Wiederbelebung heruntergekommenen und auf Grundlage genauer Indikatoren der sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Situation abgesteckten Bereiche aufgeführt sind, wobei die Schwere der Krise ziemlich hoch im Vergleich zur Stadt und zur Region ist.

Die Projekte werden durch die Städte unter Einbeziehung zahlreicher Partner und Gruppen durchgeführt. Dabei wird ein Ansatz gewählt, der die Bewohner einbezieht und in jeder Phase eine

umfassende öffentliche Teilnahme sicherstellt. Das Gesetz zur Wiederbelebung von 2015 und die auf regionaler Ebene angenommenen Leitlinien sind die Basis für die Vorbereitung der Projekte zur Wiederbelebung. Da die Vorbereitung eines Programms zur Wiederbelebung ein schwieriger und vielseitiger Prozess ist, haben 24 Kleinstädte und Städte in Pommern eine besondere Förderung zu diesem Zweck erhalten.

Territoriale Investitionen

Das regionale OP für den Zeitraum 2014-2020 beruht größtenteils auf einem territorialen Ansatz. Als Teil der integrierten territorialen Vereinbarungen verhandeln die regionalen Behörden mit acht funktionalen Stadtgebieten (und – separat als Teil der integrierten territorialen Investitionen – mit der Metropolregion Dreistadt) Pakete für kohärente Projekte. Darin sind Bereiche wie berufliche Aktivierung, Vorschulerziehung, Verkehrsknoten, Abfallverarbeitung und die Entwicklung spezialisierter Gesundheitsdienste eingeschlossen. Diese Projekte dienen der Nutzung von Entwicklungschancen und der Überwindung von Hindernissen, durch die diese Bereiche gekennzeichnet sind. Die innerhalb territorialer Vereinbarungen akzeptierten Projekte werden beim Zugang zu Mitteln aus dem regionalen OP bevorzugt (Zusatzpunkte).

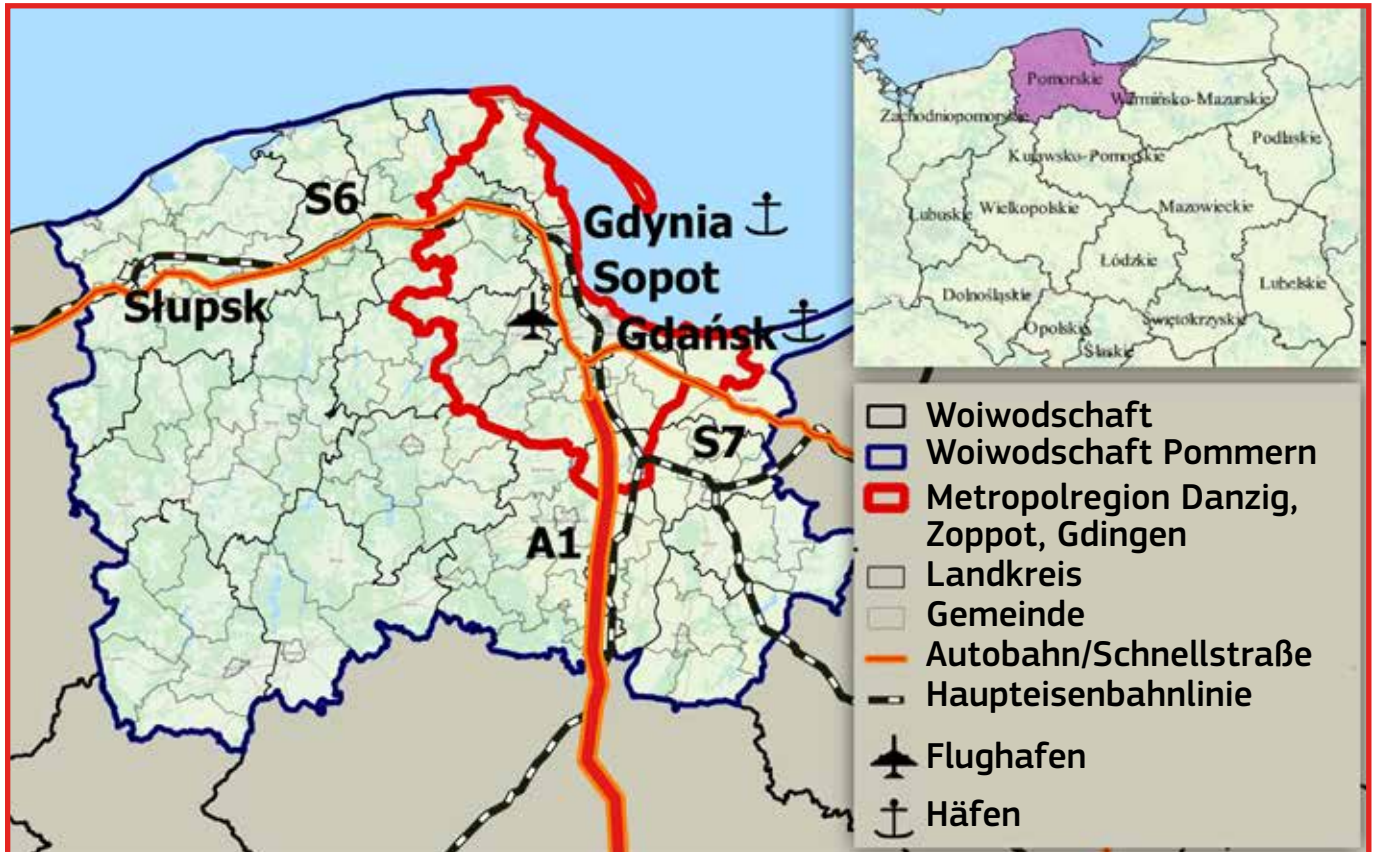
Der in Pommern angenommene territoriale Ansatz basiert in erster Linie auf der Tatsache, dass die Lösung städtischer Probleme in funktionalen Gebieten nicht nur finanzielle Ressourcen benötigt, sondern vor allen Dingen eine systematische Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gemeinden sowie öffentlichen Behörden und Unternehmern, NRO und Bildungseinrichtungen und Forschungsinstituten. Die Regeln für die Schaffung solcher Synergien sollen zur Zusammenarbeit motivieren bzw. die Zusammenarbeit stärken, sofern sie bereits existiert.

Unter Berücksichtigung der im Zeitraum 2007-2013 gewonnenen Erfahrung ist darüber hinaus zu beachten, dass die Probleme durch im Voraus geplante Aktionen auf Grundlage strategischer Überlegungen gelöst werden müssen. Die Vereinbarungen dienen der genauen Ermittlung und sorgfältigen Vorbereitung und Koordinierung vorrangiger Projekte und erhöhen dadurch die Wahrscheinlichkeit ihrer Durchführung mit bestmöglichem Ergebnis.

MEHR ZU DIESEM THEMA

www.pomorskie.eu

WOIWODSCHAFT POMMERN



Bevölkerung: 2.302.000 Menschen, dies entspricht 6,0% der polnischen Bevölkerung. Die wachsende Bevölkerung der Region ist jünger als die Gesamtbevölkerung in Polen und verfügt über die höchsten natürlichen Wachstumsraten und eine positive Wanderungsbilanz.

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitnehmer mit einer hohen Arbeitsproduktivität steigt und wird von einer hohen Wachstumsrate bzw. einer deutlichen Senkung der Arbeitslosigkeit unter den nationalen Durchschnitt begleitet.

Wirtschaft: 64% des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in KKS der EU-28, überdurchschnittliche Wirtschaftstätigkeit, sehr gute Ergebnisse für innovative Unternehmen, Präsenz führender polnischer Unternehmen, einschließlich derer mit Auslandskapital.

Intelligente Spezialisierungen: Offshore-, Hafen- und Logistiktechnologien; interaktive Technologien in einem informati-

onsstarken Umfeld; ökoefiziente Technologien bei Produktion, Übertragung, Vertrieb und Verbrauch von Energie und Kraftstoff sowie im Bauwesen; Medizintechnologien für Zivilisationserkrankungen und die Alterung.

Sonstige Schlüsselbereiche: Unternehmensdienste; Arzneimittel und Kosmetik; Biotechnologie; Tourismus.

Stärken: Standort im transeuropäischen Verkehrsnetz; die Metropolregion der Dreistadt Danzig-Gdingen-Zoppot als innovative und kreative Metropole; eine küstennahe Lage mit großen Seehäfen; einzigartige natürliche Umgebung und kulturelles Erbe (einschließlich Danzig, eine Stadt der Freiheit und Solidarität); und ein großes akademisches Zentrum.

MEHR ZU DIESEM THEMA

www.rpo.pomorskie.eu



Vorreiter bei Projekten der Kohäsionspolitik

INTERVIEW MIT MIECZYŚLAW STRUK, MARSCHALL DER WOJWODSCHAFT POMMERN

Wie kann die Kohäsionspolitik zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region Pommern beitragen? Welchen Bereichen würden Sie gern Priorität einräumen?

Die Kohäsionspolitik ist lebenswichtig für Pommern. In erster Linie dank ihrer Ressourcen, Ziele und Grundsätze haben wir gelernt, in einer ergebnisorientierten Art und Weise zu denken und zu handeln und einen umfassenden Ansatz für die ermittelten Probleme zu verfolgen. Es ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich, dies durch eine sektorale Politik zu erreichen.

Die Kohäsionspolitik hat uns letztendlich auch dazu gebracht, uns auf die zentralen Problembereiche zu konzentrieren, z. B. haben wir im Bildungsbereich der beruflichen Bildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt und im Bereich der Mobilität unseren Fokus auf öffentliche Verkehrsmittel, einschließlich dem Schienenverkehr, gerichtet. Ebenfalls wichtig ist die Übertragung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung auf die Wirtschaft, die Schaffung von Investitionsanreizen, die Verbesserung der Energieeffizienz und der Aufbau eines Netzwerkes für Tourismusangebote.

Welche sind die Vor- und Nachteile des neuen Ansatzes, der verschiedene Fonds und Finanzinstrumente miteinander kombiniert? Wie stellen Sie Kohärenz und Komplementarität sicher?

Wir haben den Gedanken eines operativen Programms, das den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kombiniert, seit Beginn der Debatte über die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 unterstützt. Ich denke, dass die

weitere Konsolidierung dieser Fonds auf eine Weise erfolgen sollte, dass ihre Maßnahmen einander komplett ergänzen. Pommern zögert nicht, die Mechanismen der integrierten Projekte, insbesondere in den Bereichen Wiederbelebung und Berufsbildung, zu nutzen.

Im Hinblick auf Finanzinstrumente sind wir in Polen Vorreiter. Meiner Einschätzung nach bringen diese Instrumente die Mechanismen zur Durchführung der Kohäsionspolitik den Marktbedingungen

Multifunktionaler Bahnhof im Herzen der Metropole

Dieses Projekt ist die erste europäische Investition, die im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft erfolgt und von JESSICA (Gemeinsame europäische Unterstützung für Investitionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung), dem rückzahlbaren Instrument der EU, finanziert wird. Es betraf die Wiederbelebung des Bahnhofs und seiner Umgebung in Zoppot. Es wurde ein Gebäudekomplex erschaffen, der einen neuen Bahnhof sowie Geschäfte, Büros und Hotels umfasst. Außerdem wurde eine Umsteigemöglichkeit entwickelt, die zahlreiche öffentliche Verkehrsmittel miteinander verbindet.

www.sopotcentrum.com.pl



Röhrentunnel unter dem Martwa Wisla

näher. Dies trägt zu effizienten und zielgerichteten öffentlichen Maßnahmen bei, mit denen die Bedeutung ihrer Wirkung zunimmt. Auf Grundlage unserer Erfahrungen im Bereich der Finanzinstrumente haben wir den Entwicklungsfond für Pommern eingeführt, der ab dem Jahr 2023 eines der wichtigsten Investitionsinstrumente in der Region sein wird.

Im Zusammenhang mit Kohärenz und Koordination ist darauf hinzuweisen, dass unser regionales operationelles Programm eindeutig auf einem territorialen Ansatz und einer Verhandlungsformel beruht – z. B. als Teil der integrierten territorialen Vereinbarungen für städtische funktionale Gebiete. Das bedeutet, dass wir für die wichtigsten Stadtgebiete Projektpakete verhandeln, durch die maxi-

male wirtschaftliche und soziale Effekte in verschiedenen Teilen der Region erzielt werden sollen.

Es besteht eine allgemeine Forderung nach einer vereinfachten Verwaltung der Europäischen Fonds. Wie kann die Region speziell hierzu einen Beitrag leisten?

Wir hatten niemals die Neigung, komplexe Verfahren zu schaffen und den Begünstigten einen übermäßigen Arbeitsaufwand aufzuerlegen. Bei der Vorbereitung unseres neuen regionalen operationellen Programms haben wir versucht, diesen pragmatischen und flexiblen Ansatz beizubehalten. Wir sind jedoch mittlerweile durch auf europäischer und nationaler Ebene verabschiedete Verordnungen stark eingeschränkt. Ich erkenne den

Bedarf an Koordination an und ich denke, dass dieser in bestimmten Bereichen sogar noch verbessert werden muss, aber er sollte nicht in erster Linie auf einer Reihe konkreter Leitlinien beruhen, die verpflichtend für die Institutionen sind, von denen die Programme verwaltet werden. Die Regionen haben Erfahrungen gesammelt und schrecken nicht davor zurück, die Verantwortung für die Auswirkungen der Programme zu übernehmen. Sie sollten allerdings mehr Freiraum bei der Wahl der bestmöglichen Verfahren haben, mit denen sie ihre Ziele erreichen. In unserem regionalen operationellen Programm behandeln wir praktische Vorgehensweisen für die Begünstigten mit Vorrang. Wir haben ein Instrument zur Übermittlung von Bewerbungen über das Internet geschaffen, das den Besonderheiten aufeinanderfolgender Auswahlver-



fahren kontinuierlich angepasst wird. Wir verfügen auch über Unterlagen für Begünstigte, die alle erforderlichen Informationen über das Bewerbungsverfahren für Projektfinanzierung, die Bewertung und die spätere Durchführung und Abrechnung enthält.

Welche Ergebnisse möchten Sie bis zum Ende des Förderzeitraums 2014-2020 erreichen?

Unter Berücksichtigung unseres Aufnahmepotenzials und der verfügbaren Ressourcen erwarten wir, im Zeitraum 2014-2020 insgesamt 5,4 Milliarden EUR aus EU-Mitteln zu erhalten. Dies umfasst selbstverständlich den Wert unseres regionalen operationellen Programms, d. h. 1,8 Milliarden EUR.

Wir nehmen an, dass die Kohäsionspolitik ein Impulsgeber für nachhaltige Veränderungen in der Region sein wird. Wir erwarten, dass die Unternehmen in Pommern in die globale Wertschöpfungskette eindringen, die Exportausrichtung unserer Wirtschaft verstärkt und die Energieintensität verringert wird. Wir möchten außerdem unseren Arbeitsmarkt, der aus gut ausgebildeten, aufgeschlossenen, mutigen und tatendurstigen Bürgern besteht, besser nutzen. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Einwohner, einschließlich einer Steigerung bei der Qualität und Verfügbarkeit der wichtigsten öffentlichen Dienste.

Neue Schienen- und Flughafenerweiterung – Pommern stützt den öffentlichen Verkehr

Der Bau der Pommerschen Stadtbahn (PKM) und die Erweiterung des Flughafens Danzig sind die größten und wichtigsten Infrastrukturinvestitionen für die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Pommern. Die PKM verbindet die Metropolregion der Dreistadt mit dem Flughafen in Danzig und der Teilregion Kaschubei im Westen. Der Flughafen Danzig unterstützt eine zunehmende Zahl an Verbindungen zwischen der Region Pommern, Europa und dem Rest der Welt. Dank des dynamischen Wachstums der Fluggastzahlen, die in den vergangenen zwei Jahren um über 30 % auf 3,7 Millionen im Jahr gestiegen sind, ist er der drittgrößte Flughafen in Polen.

www.pkm-sa.pl

www.airport.gdansk.pl





Pommern und seine Hauptstadt Danzig liegen an der Ostsee. Wie sehr wird Pommern in die Strategie für den Ostseeraum einbezogen und was erwarten Sie von ihr?

und Biodiversität. Ich hoffe, dass sich aus der Nutzung der Strategie für den Ostseeraum für unser Regionalprogramm hochwertige Projekte entwickeln ■

Wir sind seit Beginn an der EU-Strategie für den Ostseeraum beteiligt. Wir sehen sie als eine Gelegenheit für zusätzliche Entwicklungsimpulse, die sich aus einer besseren Koordinierung der zahlreichen Einrichtungen der baltischen Länder ergeben. In unserem regionalen operationellen Programm haben wir Bereiche ermittelt, in denen wir die Zusammenarbeit „unter dem Dach“ der Strategie für den Ostseeraum besonders fördern werden. Dabei handelt es sich um Wissenstransfer, erneuerbare Energien sowie Tourismus

Invest in Pomerania

Dank des Systems der Wirtschaftsförderung und Information des Projekts der Woiwodschaft Pommern wurde ein umfassendes Dienstleistungssystem für Investoren erschaffen. Die Zusammenarbeit der wichtigsten Akteure, die Investoren in der Region dienen und im Rahmen der Initiative „Invest in Pomerania“ – die nicht ausschließlich die Unterstützung für Investitionsprojekte, sondern auch die Förderung von Investitionen umfasst – zusammengebracht werden, führte zum Abschluss von 57 erfolgreichen Projekten, in denen Investoren die Schaffung von 8930 Arbeitsplätzen ankündigten.

www.investinpomerania.pl



Wenn Sozialleistungen den Gewinn überwiegen

ZUSAMMENARBEIT IN DER SOZIALWIRTSCHAFT IN GRIECHENLAND

Die Sozialwirtschaft, ein Sektor, der die Wirtschaftskrise in der EU besser als andere überstanden hat, ist eine langjährige Priorität der Europäischen Kommission.

Zur Förderung einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ hat die Kommission Sozialwirtschaft und soziale Innovation ins Zentrum ihrer Strategie Europa 2020 gestellt, sowohl in Bezug auf territoriale Kohäsion als auch bei der Suche nach neuen Lösungen für gesellschaftliche Probleme, besonders beim Kampf gegen Armut und Ausgrenzung¹. Für Länder wie Griechenland, in denen die Wirtschaftskrise schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft und soziale Kohäsion des Landes hatte, könnte die Sozialwirtschaft eine sinnvolle Alternative sein.

Die Sozialwirtschaft ist für Griechenland nicht neu. Tatsächlich gilt die Gemeinsame Gesellschaft von Ampelakia (Griechenland) als weltweit erste moderne Genossenschaft. Sie wurde zwischen 1750 und 1770 in kleinen Gesellschaften für den Anbau von Baumwolle und die Herstellung von Garn in 22 Dörfern in der Region Tempe gegründet und schloss sich im Jahr 1772 zusammen, um unnötige Rivalität und nicht erforderlichen Wettbewerb zu vermeiden. Sie entwickelte sich zu einem Großunternehmen mit 6000 Mitgliedern, 24 Betrieben und 17 Niederlassungen in ganz Europa, die sich von St. Petersburg und London bis nach Smyrna erstreckten. Ihre Mitglieder profitierten von sozialer Absicherung, Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Bibliotheken und der Freien Universität Ampelakia².

Seit dieser Zeit haben sich die sozioökonomischen Bedingungen im Land erheblich verändert. Die schwerwiegenden sozialen Folgen der Krise, Investitionsabbau und eine enorme Zunahme der Arbeitslosenquote unterstreichen mehr denn je den Bedarf

an Investitionen in Unternehmen, deren Hauptziel ist, eine soziale Wirkung zu erzielen, ohne die finanzielle Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.

Investitionen in regionales Wachstum

Die Sozialwirtschaft ist ein Sektor, der in Griechenland noch nicht vollständig erschlossen wurde. Durch die Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – entweder konkret für soziales Unternehmertum (Gesamthaushalt: 6,4 Millionen EUR) oder durch etabliertes unternehmerisches Handeln – kann sich die Sozialwirtschaft im neuen Programmzeitraum weiterentwickeln. Die Zweckbindung von mehr als 100 Millionen EUR aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderung des sozialen Unternehmertums im Programmzeitraum 2014-2020 und die Auswahl der entsprechenden Investitionsschwerpunkte durch die 13 Regionen in ihren operationellen Programmen zeigen eindeutig die Absicht der griechischen Behörden, die Sozialwirtschaft als neues Modell zu nutzen, das zum Gesamtwachstum der griechischen Wirtschaft beiträgt. Die Sozialwirtschaft wird auch in der Absichtserklärung³ als eines der Instrumente zur Unterstützung von Beschäftigung und Wirtschaftstätigkeit genannt.

Durch die Unterstützung der Kohäsionspolitik ist die Entwicklung der Sozialwirtschaft in Griechenland eine großartige Möglichkeit, den sozialen Bedarf zu decken und mittelfristig nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, auch für schutzbedürftige Gesellschaftsgruppen.

1) COM 2011/682

2) Kalitsounakis, 1929: 224-231, wie in Nasioulas, 2010:64 angegeben

3) Weitere Informationen über MoU: http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/index_en.htm

Nachstehend sind drei Beispiele für Projekte mit dem Schwerpunkt auf Sozialwirtschaft in Griechenland aufgeführt:

Win-Win-Situation



fun - food - social good.

Wise Greece ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das als Sozialunternehmen mit doppelter Aufgabe fungiert: Es fördert mehr als 450 hochwertige griechische Produkte, durch deren Verkauf Lebensmittel für Spenden an Bedürftige gekauft

werden können. Wise Greece wählt die besten griechischen Produkte aus und wirbt in zahlreichen Verkaufsstellen im ganzen Land und im Ausland für sie. Die griechischen Hersteller spenden einen Anteil ihrer Umsätze an Wise Greece, um den Grundnahrungsmittelbedarf der karitativen Einrichtungen und gemeinnützigen Organisationen zu decken, die Obdachlose, Kinder und ältere Menschen unterstützen.

Das Unternehmen hat bereits zahlreiche Auszeichnungen für soziale Verantwortung gewonnen. Dazu zählt auch der Preis für nachhaltiges Unternehmertum und nachhaltige Entwicklung bei den „Startup Greece Awards 2016“.

<http://www.en.wisegreece.com/>

Arbeit für die Eingliederung

KoiSPE Diadromes ist eine soziale Genossenschaft mit beschränkter Haftung (LLSC-KoiSPE) in der Region Attika, die von den Arbeitnehmern der Gesellschaft für Sozialpsychiatrie und geistige Gesundheit gegründet wurde. Ihr Hauptziel ist die Beschäftigung und die Resozialisierung von Menschen mit psychosozialen Problemen. Zur Erreichung dieses Ziels betreibt KoiSPE eine Berufsberatungsstelle, die Menschen mit psychosozialen Schwierigkeiten hilft, eine bezahlte Arbeitsstelle auf dem freien Arbeitsmarkt zu finden und zu behalten. Darüber hinaus betreibt die Genossenschaft einen Reinigungsdienst, ein Café und führt Handelsbeziehungen. Diese Tätigkeiten tragen zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze für jene Bürger bei, die vom freien Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

<http://koispediadromes.gr>



Alles nachlesen!



Shedia ist das einzige griechische Straßenmagazin und Mitglied des International Network of Street Papers (INSP). Das Magazin wird seit Februar 2013 von Obdachlosen und

arbeitslosen Bürgern in den Straßen von Athen und Thessaloniki verteilt und ermöglicht ihnen ein geringes Einkommen und die schrittweise Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Shedia unterstützt zudem die Wiedereingliederung der benachteiligten Bürger durch Aktivitäten und Veranstaltungen wie z. B. soziale Touren in Athen (die "unsichtbaren Touren"), die Gründung einer örtlichen Fußballmannschaft oder von Kunst- und Theatergruppen und vieles mehr. ■

<http://www.shedia.gr/>

Einbeziehung der Jugend zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs

**GESAMTINVESTITION:
224 900 EUR**

**INVESTITION DER EU:
191 200 EUR**



Panorama spricht mit Jacek Piotrowski, dem Projektkoordinator von BAYinTRAP, über die Verbindung zwischen jungen Bürgern und der europäischen Verkehrspolitik.

In ganz Europa forschen Mitgliedstaaten nach besseren Möglichkeiten, saubere und effiziente städtische Verkehrssysteme zu schaffen. Während allzu häufig der Schwerpunkt auf Technologie und Infrastruktur liegt, verfolgt das Projekt BAYinTRAP einen anderen Ansatz: die aktive Einbeziehung junger Bürger in die Entwicklung einer nachhaltigen städtischen Verkehrspolitik.

„Wir wissen, dass die Jugend, sofern sie einbezogen wird, ein wichtiger Multiplikator für die Botschaft des nachhaltigen Verkehrs sein kann. Unser Projekt baute daher auf ihre Kreativität, Begeisterung und ihr Vorausdenken auf und nutzte diese, um Herausforderungen wie Verkehrssicherheit, Erreichbarkeit und Stadtverkehrsmanagement anzugehen“, erklärt Piotrowski.

Das Ergebnis dient als Lektion für partizipative Demokratie, ein Projekt, das die Jugend und Behördenvertreter aus Polen, Deutschland und Litauen zusammengebracht hat, um alte Probleme erneut zu besprechen und neue Ansätze für saubereren Stadtverkehr zu entwickeln.

Von der Idee zur Umsetzung

Das Projekt wurde durch eine frühere europaweite Initiative für öffentlichen Verkehr (die CIVITAS-Initiative, www.civitas.eu) inspiriert. Nach ihrer Beteiligung an diesem Projekt wollten

Piotrowski und seine Kollegen der Self-Government Agency for Promotion of Culture in Szczecinek (SAPIK) etwas Ähnliches für ihre eigene Stadt ausprobieren – wenn auch in kleinerem Maßstab.

Mit der Unterstützung ihrer örtlichen Verkehrsbetriebe haben sie sich über das Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum (2007-2013) an die Europäische Kommission gewandt. Gemeinsam mit Greifswald in Deutschland und Klaipėda in Litauen, die sich ebenfalls aktiv für nachhaltigen Verkehr einsetzen, hat die Stadt Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhalten.

Bei einem ersten Treffen der Vertreter von SAPIK, des Konsortialpartners ATI erc gGmbH, des Technologiezentrums Vorpommern und der Verkehrsbehörde Klaipėda wurde das Konzept des Sommercamps beschlossen.

Auf zum Camping

Es wurde vereinbart, dass jede Stadt ein Sommercamp beherbergt und Gruppen aus den beiden anderen Städten empfängt. „Durch die Entsendung von Studenten aus Greifswald nach Szczecinek, zum Beispiel, haben wir erwartet, einen frischen Blick und neue Ideen auf den Tisch zu bringen“, meint Piotrowski. „Allerdings könnten die Teilnehmer auch davon profitiert haben, zu Beginn ausführliche Informationen über die öffentlichen Verkehrsmittel erhalten zu haben, um ihre Beobachtungen während der Maßnahmen im Camp stärker zu fokussieren“, fügt er hinzu.

Jede Stadt hat eigene Kriterien für den Wettbewerb und die Auswahl der Teilnehmer entwickelt. Die Kandidaten wurden aufgefordert, Vorschläge für Verbesserungen der Mobilität in ihrer Stadt zu machen. Neben der Teilnahme am Projekt BAYinTRAP haben die 60 Gewinner im Alter zwischen 16 und 19 Jahren



auch Preise wie Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel und Kinokarten bekommen.

Zunächst wurden die Teilnehmer mithilfe von Präsentationen und Testfahrten in der Stadt über den öffentlichen Verkehr aufgeklärt. Dabei mussten sie von einem Standort in der Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem anderen Standort kommen. In Szczecinek wurden zum Beispiel Smartphones genutzt, um den Weg zu finden. In Klaipėda wurde Geocaching zur Hilfe genommen und in Greifswald wurden die Strecken aufgrund schriftlicher Anweisungen geplant.

Direkt an die Spitze

Danach haben die Teilnehmer positive und negative Aspekte des öffentlichen Verkehrs auf Grundlage ihrer ursprünglichen Beobachtungen diskutiert. „Jede Gruppe hat anhand einer Liste der größten Probleme mögliche Verbesserungen vorgeschlagen“, erklärt Piotrowski. „Danach haben sie ihre Erkenntnisse in persönlichen Gesprächen lokalen Politikern, der öffentlichen Verwaltung und anderen Interessenvertretern vorgestellt.“

Nach Angaben von Piotrowski konnten die Studenten selbst über die Art der Vorstellung ihrer Empfehlungen entscheiden: In Szczecinek wurde eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, in Klaipėda wurde jede Empfehlung einzeln besprochen.

Die Camps boten auch zahlreiche Bildungsmöglichkeiten zu den Themen nachhaltige Mobilität, Verkehrssicherheit und Bürgertum. „Die Teilnehmer wurden über bewährte Verfahren aufgeklärt und haben Listen zu bewährten Verfahren ausgefüllt“, so Piotrowski. „Wenn Sie etwas bemerkt haben, das eine Übertragung auf ihre eigene Stadt wert ist, haben sie sich die Einzelheiten notiert, um positive Erfahrungen mit nach Hause zu bringen.“

Positive Schritte

Infolge der Camps wurden die vorgestellten Ideen in Szczecinek und Klaipėda direkt in die Verkehrspolitik der beiden Städte

aufgenommen. Piotrowski bemerkt, dass es für die Projektorganisatoren von Vorteil gewesen wäre, die Stadtverwaltungen für das Projekt zu interessieren, bevor die Teilnehmer ihre Ideen präsentierten. „Wir haben aufgrund der Begeisterung und des Engagements der Behörden in Szczecinek vermutet, dass dies für alle drei Orte gelten würde. Leider war dies nicht der Fall. Wenn wir alle stärker in die Phase der Projektplanung einbezogen hätten, wäre das hilfreich gewesen.“

Auch wenn die Behörden in Greifswald weniger begeistert waren, hat der Verkehrsbetrieb in Szczecinek als direkte Folge des Vorschlags eines Studenten später eine mobile App entwickelt, die Ankunftsinformationen für Busse an einer bestimmten Haltestelle in Echtzeit liefert.

Zu den weiteren Vorschlägen für zukünftige Besprechungen zählen weitere Buslinien, Stadtpläne an Bushaltestellen, Fahrradwege in Parks, ein besserer Zugang zu Bussen für Rollstühle und Kinderwagen, verbesserte Fahrradübergänge, mehrere Zahlungsmethoden für das Mieten von Fahrrädern, Unterstände und Bänke an öffentlichen Haltestellen und vieles mehr.

Viele der gewonnenen Erkenntnisse werden bei der zukünftigen regionalen Verkehrsplanung berücksichtigt. Die zuständigen Beamten haben zum Beispiel erkannt, dass es schwierig ist, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern, ohne die Öffentlichkeit direkt in die Politikgestaltung einzubeziehen. „Die möglicherweise wichtigste Erkenntnis war jedoch die Bestätigung der Bedeutung von direkter Demokratie und die Begeisterung der jungen Menschen darüber, aktiv an ihrer lokalen Regierung beteiligt zu sein. Ein solches Ergebnis kann ganz einfach in zahlreichen anderen Projekten, Sektoren und Regionen wiederholt werden“, meint Piotrowski zum Abschluss. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/projects/poland/bayintrap-engaging-youth-and-changing-public-transportation

PROJEKT

Kompetenzzentrum lockt Hochleistungsunternehmen an

GESAMTKOSTEN FÜR

PHASE 1:

**25 000 000 £
(32 406 250 €)**

EU-BEITRAG:

**9 000 000 £
(11 666 250 €)**

Das National Composites Centre, das in einem der neuesten Wissenschaftszentren des Vereinigten Königreichs angesiedelt ist, ist das Zentrum hochmoderner Forschung und Technologie für Verbundstoffe, das von einigen der weltweit innovativsten Unternehmen betrieben wird.

Das National Composites Centre ist eine eigens erbaute Forschungs- und Entwicklungseinrichtung, die im Jahr 2011 eröffnet und durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mitfinanziert wurde. Das NCC vereint dynamische Unternehmen und die beste wissenschaftliche, akademische und kommerzielle Fachkenntnis für die Entwicklung von Technologien zur Unterstützung der Gestaltung und Herstellung von Verbundwerkstoffen. Zudem werden die Möglichkeiten in diesem Sektor im gesamten Vereinigten Königreich und darüber hinaus ausgeschöpft. Mehr als die Hälfte der Mitglieder kommt aus anderen Ländern.

Hochentwickelte Verbundwerkstoffe sind leichte Hochleistungswerkstoffe, die das Design und die Herstellung zahlreicher Produkte beeinflussen und in den verschiedensten Branchen zur Anwendung kommen – von der Luftfahrt- und Automobilindustrie bis hin zum Bereich erneuerbare Energien sowie Sport und Freizeit. Durch die Senkung des Produktgewichts können erhebliche Einsparungen bei den Herstellungskosten und Kohlenstoffemissionen erzielt werden. Zudem werden enorme Geschäftsmöglichkeiten und technologische Vorteile geschaffen.

Die Bedeutung, im Zentrum einer solchen bahnbrechenden Forschung und Entwicklung zu stehen, wird durch die aktuellen Mitglieder im NCC unterstrichen. Diese umfassen Marktführer wie die Airbus Group, GE, Rolls-Royce, GKN Aerospace, BAE Systems, Shell, Vestas und 3M sowie zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen. Das Zentrum bietet den Mitgliedern die Möglichkeit, neue und aktuelle Prozesse und Technologien zu entwickeln, anzupassen, zu überprüfen und stärker zu nutzen und gleichzeitig

von der Zusammenarbeit mit anderen führenden Anlagenherstellern und Zulieferern zu profitieren.

Startrampe

Das NCC ist außerdem Teil des „High Value Manufacturing Catalyst“, einer strategischen Initiative, die sieben Technologie- und Innovationszentren umfasst, die als Impulsgeber für die Wiederbelebung der Fertigungsindustrie im Vereinigten Königreich fungieren. Das Programm bietet Wissenschaftlern, Ingenieuren und Unternehmern Zugang zu einem Reservoir an Expertise und Erfahrung in Universitäten, Forschung, Industrie und Regierung. Durch die Beschleunigung neuer Konzepte hin zu wirtschaftlicher Realität wird die Lücke zwischen frühen Innovationen und der Fertigung im industriellen Maßstab überbrückt.

Das NCC, das über Photovoltaik-Solaranlagen auf dem Dach verfügt, um die Einrichtung mit Strom zu versorgen und die Kohlenstoffemissionen auszugleichen, ist allgemein als international führender Standort im Bereich der Verbundwerkstoffe anerkannt, der dafür sorgt, dass die Verbundwerkstoffindustrie eine höhere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erlangt und ökologisch verantwortungsvoll agiert. Im Jahr 2014 wurde die Größe des Gebäudes verdoppelt, um eine großvolumige Fertigungszelle (für die Deckung des Bedarfs der Automobilindustrie), eine Schulungseinrichtung und eine Auswahl von Kleingeräten zur Bereitstellung für KMU unterzubringen.

Durch das NCC wurden etwa 200 direkte Arbeitsplätze geschaffen. Für die kommenden Jahre wird ein deutlicher Anstieg dieser Zahlen erwartet. Noch wichtiger ist möglicherweise die Entwicklung einer Reihe leistungsstarker, kostenwirksamer innovativer Produkte, die zur zukünftigen Schaffung von Wohlstand in Europa beitragen werden. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://nccuk.com>

PROJEKT

Positive Resonanz auf Passivhäuser

**GESAMTINVESTITION:
EUR 3779000**

**INVESTITION DER EU:
EUR 377900**

Durch die Nutzung innovativer Umwelttechnologien baut das Holzbauunternehmen Weissenseer jetzt hochwertige Passivhäuser – in einem eigenen hochwertigen Passivhaus.

Das Unternehmen Weissenseer Holz-System-Bau GmbH hat ursprünglich als traditionelle Zimmerei in der österreichischen Kleinstadt Greifenburg angefangen und sich nun zu einem Spezialisten für die Fertigung moderner Passivhäuser aus Holz weiterentwickelt. Die Herstellung dieser umweltfreundlichen Wohnhäuser macht mittlerweile fast 90 % der Gesamttätigkeit des Unternehmens aus.

Zunächst musste das Unternehmen ein neuartiges Herstellungsverfahren für sein neues Produktportfolio erschaffen. Mit dem Projekt „Kleinste Fabrik der Welt“ wurde genau dies erreicht. Es wurde eine vollkommen neue Produktionsanlage entwickelt, mit der nach den strengen Anforderungen an Passivhäuser gefertigt wird, wodurch zudem die Konstruktion von Passivhäusern optimiert und automatisiert werden konnte.

Der Standard für Passivhäuser in Mitteleuropa sieht, neben weiteren Kriterien, vor, dass das fertige Gebäude so gestaltet werden muss, dass der Primärenergieverbrauch insgesamt den Grenzwert von 120 kWh/m² im Jahr nicht überschreitet.

Das Projekt wurde über das operationelle Programm „Kärnten“ in den Jahren 2008 und 2009 durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Europäischen Union mitfinanziert. Mithilfe dieses Projekts wurde der Herstellungszeitraum für Passivhäuser bei Weissenseer von der anfänglichen Lieferung der Rohmaterialien bis zum endgültigen Transport der Bauteile zum Kunden drastisch verringert, von im Durchschnitt rund 20 Arbeitstagen auf nur noch zwei bis vier Tage!

Die erhebliche Beschleunigung der Produktivität wurde durch die Entwicklung einer hocheffizienten Fertigungskette erreicht, die weitgehend automatisiert und im Hinblick auf verschiedene Zeit- und Raumfaktoren optimiert wurde. Die „Kleinste Fabrik der Welt“ verfügt nun über die Kapazität, insgesamt etwa 150 bis 170 serienmäßige Passivhäuser pro Jahr herzustellen.

Umweltführer

Neben einer effizienten Fertigungseinrichtung ist die kleinste Fabrik der Welt zudem selbst ein Passivhaus. Es benötigt sehr wenig Zusatzheizung, da die von der Fertigungsanlage erzeugte Wärme ausreichend ist, um die Fabrik warm zu halten. Darüber hinaus besteht ungefähr ein Sechstel des Gebäudes aus Büroräumen sowie Ruhebereichen und einem Café. Dank einer optimierten Gebäudestruktur mit internen Heizquellen und großen Glasfenstern entspricht das Bürogebäude ebenfalls den Standards für Passivhäuser.

Die neue Fabrik dient nun als „Musterhaus“ für eine Reihe von Firmengebäuden, deren Herstellung Weissenseer in naher Zukunft anbietet. Dazu gehören Büro- und Gewerbegebäude, Schulen und andere öffentliche Gebäude.

Zusätzlich zu einer willkommenen Anschlagwirkung für die Wirtschaft der Region Kärnten hat das Projekt bereits zahlreiche neue Arbeitsplätze im Unternehmen geschaffen. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://www.weissenseer.com/en/home/>

Ungarisches Unternehmen bringt sein Licht zum Leuchten!

**GESAMTINVESTITION:
2 163 400 EUR
INVESTITION DER EU:
1 005 200 EUR**

Das ungarische Beleuchtungs- und Kunststoffverarbeitungsunternehmen IBV Hungária Kft. hat seine Produktionsbasis erheblich erweitert, 50 Arbeitsplätze geschaffen und einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region geleistet. Dies gelang dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

In den Jahren 2012 und 2013 hat das Projekt den Bau einer Lagerhalle der Größe 5659 m² und einer Werkzeugmontagehalle der Größe 965 m² am Hauptsitz des Unternehmens in Kiskunfélegyháza in der ungarischen Region Bács-Kiskun unterstützt. Diese Erweiterung der Anlagen des Unternehmens hat nicht nur die vorhandenen 436 Arbeitsplätze gesichert, sondern sogar weitere 49 Arbeitsplätze geschaffen. Die umliegende Region hat ebenfalls von der Investition profitiert.

Außer den zwei neuen Gebäuden wurden mehr als 4,6 km Straße gebaut, um den reibungslosen Transport von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen zu und von der Anlage zu gewährleisten. Zusätzlich wurden 485 Meter Umzäunung um die zwei neuen Gebäude errichtet. Außerdem wurde ein neuer Wassersammelbehälter aufgebaut, um den Brandschutzvorschriften zu entsprechen.

Mehr Platz, niedrigere Kosten

Die neuen Anlagen bieten nun eine moderne Produktionsfläche für Vor- und Endmontage, Transportabfertigung und Lagerung der Fertigerzeugnisse. Im Gegenzug hat der Bau der Gebäude einen Bereich für neue Produktionsanlagen freigegeben. Die neue Lagerhalle hat einen entscheidenden Beitrag zur Beschleunigung des Materialflusses geleistet und eine deutliche Erweiterung des Produktportfolios des Unternehmens ermöglicht. Mithilfe des Projekts wurden zudem die Produktionskosten verringert.

Die zusätzliche Lagerkapazität war erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens aufrechtzuerhalten und zu verbessern, die durch die Finanzkrise und neue Herausforderungen am Markt beeinträchtigt worden war. Die Erweiterung war außerdem wichtig, um die Diversifizierung des Produktangebots des Unternehmens sicherzustellen.

Krisztina Rác, Finanzchefin des Unternehmens, bemerkt: „IBV konnte viel schneller in die Erweiterung investieren, als dies bei der Nutzung anderer Finanzquellen möglich gewesen wäre. Die Investition stellt eine bessere Stellung für das Unternehmen und eine noch bessere Stellung für seine Mitarbeiter sicher.“

Trotz seines Umfangs wurde das Projekt in nur 18 Monaten ohne größere Schwierigkeiten abgeschlossen. Die Mittel der Europäischen Union für das Projekt wurden im Rahmen des operationellen EFRE-Programms „Südliche Tiefebene“ bereitgestellt. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://www.ibv.hu/>

www.kwf.at

Förderung von Innovation und Technologie vor Ort

PROJEKT

Das Agripir-Netzwerk wurde als Reaktion auf die wachsende Besorgnis über die Fähigkeit der traditionellen Berglandwirtschaft in den französischen und spanischen Pyrenäen eingerichtet, auf den Agrarmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

**GESAMTKOSTEN:
958 500 EUR**

**EU-BEITRAG:
640 600 EUR**

Das Projekt wurde über das operationelle Programm „Frankreich – Spanien – Andorra“ für den Programmzeitraum 2007 bis 2013 finanziert. Im Jahr 2012 wurde beschlossen, innovative Lösungen für einige der Probleme der Berglandwirte auf beiden Seiten der französisch-spanischen Grenze zu finden. In einem ersten Schritt wurde das Agripir-Netzwerk gegründet, an dem 150 Organisationen und über 300 Personen aus der Agrarindustrie, Forschungsinstituten, High-tech-KMU und lokalen Entwicklungsagenturen beteiligt sind.

Unternehmen aus den Branchen IT, Elektronik und Raumfahrt arbeiteten mit Forschern, Gruppierungen und Entwicklungsagenturen zusammen, um praktische Maßnahmen zur Veränderung des Ansatzes der Berglandwirtschaft in den Pyrenäen zu entwickeln. Das Hauptziel war die Bündelung von Ressourcen und Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Ermittlung und Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit echtem wirtschaftlichen Potenzial.

Das Agripir-Netzwerk, das die dreijährige Initiative leitete, entschied sich letztendlich für fünf unterschiedliche Innovationsprojekte, um seine Ziele voranzutreiben. Bis Ende des Jahres 2015 hatten die Projekte die Forschungs- und Entwicklungsphase beendet und die Vorbereitung für die Vermarktung ihrer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen aufgenommen.

Fünf interessante Projekte

Das Projekt **E-PASTO** entwickelte einen Geräteprototypen für die geografische Ortung, der es Landwirten ermöglicht, ihre Herden zu orten und zu verwalten, die auf hochgelegenen Sommerweiden grasen. Die Rinder tragen ein technisch anspruchsvolles Halsband, das ein robustes Gerät beherbergt, mit dem Landwirte ihre Position und Ernährungsgewohnheiten überwachen, Sicherheitszonen festlegen und Diebstähle verhindern können. Das niederfrequente Kommunikationsnetz kann sechs bis neun Monate lang eigenständig arbeiten, überträgt alle 60 bis 90 Minuten die Position und alarmiert den Landwirt per Smartphone, Tablet oder PC, wenn die Sicherheit verletzt wird.

Wie der Name schon sagt, arbeitet die **COWMON**-Initiative ebenfalls an einem kontinuierlichen Überwachungssystem für Nutztiere, die über große und abgelegene Berggebiete streifen. Das Ziel ist die Entwicklung eines Endproduktes, das kostenwirksam und autark im Sinne des Energieverbrauchs ist.

Auf ähnliche Weise soll das Projekt **HY-POWERBOX** Landwirte dabei unterstützen, hinsichtlich der benötigten Energie für die Durchführung ihrer täglichen Aufgaben in schwer zugänglichen Gebieten autark zu werden.

Das Ziel von **LIVE-PRE-LIFE** ist die Schaffung eines umfassenden Systems, mit dem das Zusammenleben zwischen großen Raubtieren und Nutztieren in Bergregionen verbessert werden kann. Das endgültige Paket wird Systeme für Tiergehege, die Früherkennung von Angriffen durch Raubtiere und deren aktive Ausgrenzung umfassen.

Das Projekt **MASTECH** entwickelt ein System, das mithilfe kernmagnetischer Resonanz und Wärmebildmessung die Früherkennung von Mastitis bei Schafen, Ziegen und Rindern ermöglicht.

Im Laufe des Projekts hat das Agripir-Team auch ein Bergweiden-Festtag organisiert, bei dem etwa 600 Besuchern, darunter Touristen und landwirtschaftliche Vertreter, das Netzwerk und erste Projektergebnisse vorgestellt wurden. Zu den weiteren Veranstaltungen gehörten eine Konferenz über Wölfe, Networking-Workshops und eine Gesprächsrunde über die zukünftigen Herausforderungen der Berglandwirtschaft, die dank des Einsatzes von Agripir nicht mehr so hart kämpfen muss.

Das Projekt hat im Sommer 2015 seinen Ritterschlag bekommen, als es in der Kategorie „Intelligentes Wachstum: Das KMU-Wachstumspotenzial für eine digitale Wirtschaft“ im Finale der RegioStars-Awards stand. ■

MEHR ZU DIESEM THEMA

<http://www.agripir.com/fr/>

TERMINE

2. SEPTEMBER

Krakau (PL)

Konferenz zum Investitionsplan

25. SEPTEMBER BIS 1. OKTOBER

Izola (SI)

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

10. BIS 13. OKTOBER

Brüssel (BE)

Europäische Woche der Regionen und Städte
(einschl. RegioStars-Zeremonie)



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



@EU_Regional
#CohesionPolicy
#ESIFunds



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



RegioNetwork



yammer.com/RegioNetwork



ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_en
@CorinaCretuEU

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda der regionalpolitischen Veranstaltungen“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/events/



Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brüssel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu